



SARKIS LATCHINIAN

»Maastricht« – eine Fehlkonstruktion für Europa.
Studie zur geplanten europäischen Währungsunion

ROSA-LUXEMBURG-VEREIN 1996

SARKIS LATCHINIAN

»Maastricht« – eine Fehlkonstruktion für Europa.
Studie zur geplanten europäischen Währungsunion

ROSA-LUXEMBURG-VEREIN 1996

TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins herausgegeben
von Lutz Höll und Manfred Neuhaus

Heft 21

ISBN 3-929994-70-4

© Rosa-Luxemburg-Verein e.V.
Sternwartenstraße 31
D-04103 Leipzig

Korrektur: Ursula Albert
Satz: Daniel Neuhaus
Herstellung: GNN Verlagsgesellschaft in Sachsen m. b. H.
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Sarkis Latchinian:

»Maastricht« – eine Fehlkonstruktion für Europa
Studie zur geplanten europäischen Währungsunion

1	Problemstellung	5
2	Die verfehlte Wirtschaftsunion: Wirtschaftliche Differenzierung statt Angleichung	8
3	Die übergangene Sozialunion: Soziale Differenzierung statt Kohäsion	13
4	Die Konvergenzkriterien von »Maastricht« spalten die Europäische Union	21
5	Das Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten im Spannungsfeld unterschiedlicher Europa-Konzepte	27
6	Wie stabil und vertrauenswürdig wird die geplante Eurowährung sein?	39
7	Bewußtes Verzögern der Osterweiterung durch die Europäische Union	49
8	Für ein Europa links von »Maastricht«	59
9	Auswahlbibliographie	71
	Zum Autor dieses Heftes	73
	Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins	75

SARKIS LATCHINIAN

»Maastricht« – eine Fehlkonstruktion für Europa Studie zur geplanten europäischen Währungsunion

1. Problemstellung

Gemäß dem Vertrag über die Europäische Union (»Maastricht«) findet drei Jahre nach seinem Inkrafttreten »im Jahr 1996 eine Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten« statt, die »unter Wahrung des gemeinschaftlichen Besitzstandes und seiner Weiterentwicklung« vor allem zu prüfen hat, »inwieweit die durch diesen Vertrag eingeführten Politiken und Formen der Zusammenarbeit mit dem Ziel zu revidieren sind, die Wirksamkeit der Mechanismen und Organe der Gemeinschaft sicherzustellen«¹.

Im Vorfeld dieser Regierungskonferenz sind unzählige Memoranden, Schriftsätze, Gutachten, Tagungsprotokolle aus Wissenschaft und Politik, der Parteien, Fraktionen, Stiftungen, Verbände und Institute Deutschlands und anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union entstanden, die auf Erfolge und Mißstände in der Union aufmerksam machen, notwendig erachtete Korrekturen an »Maastricht« annahmen und Reflexionen für Maastricht II und danach projektieren.

Die Linke verhält sich bislang, abgesehen von einigen Ausnahmen, eher passiv in dieser Beziehung. Eine alternativ-aktive Beteiligung der Linken an der laufenden Diskussion über Gegenwart und Zukunft Europas würde sicher Impulse für eine linke Positionierung freisetzen, zumal die seit »Maastricht« vollzogenen Entwicklungen in Europa neue Bewertungen auch von ihr erfordern. Die vorliegende zweite Studie zu »Maastricht«, die wieder im Rosa-Luxemburg-Verein e.V. Leipzig erscheint, versteht sich als Versuch, hierzu einen Beitrag zu leisten. Zum Hauptgegenstand hat auch diese Studie die »Wirtschafts- und Währungsunion«.

1 Vertrag über die Europäische Union. Artikel N und B.

Sie hegt den Anspruch, eine *völlig neue* zu werden. Wiederholungen aus der ersten Studie werden vermieden, als bekannt Vorausgesetztes wird weitergeführt, neueste Entwicklungen in der Maastrichter Europakonstruktion werden berücksichtigt und neue Erkenntnisse zur Diskussion gestellt. In diesem Sinne positioniert sich diese Studie bereits mit ihrem provokanten Titel: »Maastricht« – eine Fehlkonstruktion für Europa« mindestens in dreierlei Hinsicht prinzipiell neu gegenüber der ersten Studie mit dem Titel: »Maastricht« – eine Hoffnung für Europa? Fehlentwicklungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion«². Es wird *erstens* von der Leitthese ausgegangen, daß »Maastricht« keine Hoffnung, sondern eine Fehlkonstruktion für Europa ist. Es wird *zweitens* weniger darauf ankommen, neue Fehlentwicklungen der Wirtschafts- und Währungsunion aufzudecken, sondern diese vielmehr als unvermeidliche, objektive Folgeerscheinungen einer Fehlkonstruktion herauszuarbeiten und damit ihre Gefährlichkeit für das gesamte Europa-Unternehmen unter Beweis zu stellen. Es wird *drittens* davon ausgegangen, daß »Maastricht« durch kosmetische Nachbesserungen nicht reformierbar ist und der Nachweis angestrebt, daß Europas Hoffnung in einer völlig anders gearteten, neuen Europäischen Union liegt, in der der fortschrittliche, humanistisch-demokratische Europagedanke nicht Gefahr läuft, mit dem Abenteuer von Vereinigung durch Geld (Europäische Einheitswährung) am Ende des 20. Jahrhunderts unterzugehen.

In der bisherigen Reformdiskussion über die Gestalt der künftigen Europäischen Union will sich bislang der Eindruck nicht einstellen, hier seien hohe Ambitionen und kreative Ansprüche am Werke. In der Hauptsache läuft diese Debatte in dreierlei Richtung: *Erstens* soll der Vertrag über die Europäische Union den veränderten Bedingungen in der Welt und Europa angepaßt, bürgernah gestaltet, institutionell den Erfordernissen der 1995 vollzogenen Erweiterung auf 15 Mitglieder durch den Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands und für die weitere Erweiterung auch nach Osten und Süden Europas besser gerecht werden, ohne dafür die bisherige Maastrichter Konstruktion anzutasten.

Zweitens sollen die im Maastrichter Vertrag vorgeschriebenen Konvergenzkriterien zum Vollzug der Währungsunion Anfang 1999 strikt gehandhabt und Länder, die diesen Eintrittsbedingungen nicht gerecht werden, aus der Währungsunion ausgenommen werden.

2 Texte zur politischen Bildung. Hrsg. vom Rosa-Luxemburg-Verein e.V. Heft 15. Leipzig 1994.

Drittens soll die Währungsunion durch die Politische Union ergänzt und durch eine gezielte Kongruenz der Mitgliedschaften in der Europäischen Union und der NATO der Weg für die Militarisierung der Europäischen Union geebnet und ihre Entwicklung zur Militärmacht gesichert werden.

Zur negativen Bilanz der bisherigen offiziellen Reformdiskussion³ trägt vor allem der Umstand bei, daß viele der Probleme, die für die künftige Gestaltung der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung sind, kaum oder keine Beachtung finden bzw. bewußt übersehen, tabuisiert oder sogar bagatellisiert werden. Zu ihnen gehören u. a.:

1. das wirtschaftliche Auseinanderdriften der Mitgliedstaaten der Europäischen Union in wirtschaftlich entwickelte und rückständige Länder bzw. Regionen anstatt der vielbeschworenen »wirtschaftlichen Kohäsion«,
2. die Zunahme sozialer Differenzierung innerhalb der Europäischen Union in reiche und arme Länder anstatt des viel gepriesenen »sozialen Zusammenhalts«,
3. das Fehlen von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kriterien innerhalb der Konvergenzkriterien für den Vollzug der Wirtschafts- und Währungsunion,
4. die Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen den Staaten, die an der Währungsunion teilnehmen werden und diejenigen, die von der Währungsunion ausgeschlossen werden,
5. das Fehlen von Kriterien und Garantien für die Geldwertstabilität der angestrebten einheitlichen Eurowährung,
6. das Fehlen eines Programms zur Osterweiterung der Europäischen Union.

Die genauere Analyse hauptsächlich dieser Probleme wird das Anliegen der vorgelegten Studie sein, die mit linken Vorstellungen einer *neuen* europäischen Konstruktion abschließen wird.

3 Siehe u. a. Regierungskonferenz 1996. Bericht der Kommission an die Reflexionsgruppe. Hrsg. von der Europäischen Kommission. Brüssel Mai 1995. – Grünbuch über die praktischen Folgen des Übergangs zur einheitlichen Währung. Hrsg. von der Europäischen Kommission. Brüssel Mai 1995.

2. *Die verfehlte Wirtschaftsunion:
Wirtschaftliche Differenzierung statt Angleichung*

Die wirtschaftliche Einigung galt stets als die Triebkraft des europäischen Integrationsprozesses. Die Gründungsverträge der Europäischen Union verbinden diese Einigung mit hohen Erwartungen für eine harmonische Entwicklung der Wirtschaft, die Gewährleistung wirtschafts- und währungspolitischer Stabilität, die allmähliche Überwindung der wirtschaftlichen Disparität zwischen den Mitgliedstaaten und ihre wirtschaftliche Angleichung durch ständige Annäherung.

Der Entschluß der Länder der Europäischen Union (im folgenden EU), zu einer gemeinsamen Währung und damit zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik zu gelangen, setzt vor allem eine vereinheitlichte Wirtschaft dieser Staaten voraus. Sonst würden unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen in den einzelnen Ländern Wirkungen auf die angestrebte einheitliche Währung ausüben, die von der Union nicht unter Kontrolle zu bringen wären. Aus diesem Grunde meinen auch die Architekten der Maastrichter Europakonstruktion, daß eine Währungsunion ohne Wirtschaftsunion gleich einem Faß ohne Boden wäre. Deshalb nennen sie auch ihr Zielprojekt »Wirtschafts- und Währungsunion«.

Keine Wirtschaftsunion in Sicht

Von einer Wirtschaftsunion kann bislang, trotz mancher Zuwächse der Wirtschaftsleistung auch in den weniger entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen der Gemeinschaft, überhaupt nicht die Rede sein. Die Differenzen des wirtschaftlichen Standards sind gravierend zwischen den Staaten und auch zwischen den verschiedenen Regionen.

So lassen die Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner 1992 noch immer deutliche Unterschiede zwischen den Ländern der EU erkennen. Am unteren Ende liegt Griechenland (61 % des Gemeinschaftsdurchschnitts), gefolgt von Portugal (67 %), Irland (76 %) und Spanien (77 %). Gemeinsam mit Finnland (93 %) und dem Vereinigten Königreich (98 %) sind dies die Länder, deren BIP je Einwohner unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegt. Luxemburg (156 %) liegt weiterhin deutlich an der Spitze der Union, die übrigen Länder in der Nähe des Gemeinschaftsdurchschnitts: Österreich (115 %), Frankreich (112 %), Belgien (100 %), Dänemark und Deutschland (107 %, alte Bundeslän-

der 122 %), Schweden (106 %), Italien (105 %) und die Niederlande (102 %).⁴

Es wird sichtbar, daß die Wirtschaft solcher Länder wie Griechenland, Portugal, Spanien und Irland noch einen weiten Weg vor sich hat, ehe sie europäischen Standard erreicht. Was die Angleichung der Wirtschaften der EU-Länder anbelangt, so sind die Unterschiede zwischen Griechenland, Portugal, Spanien einerseits und den Ländern der Spitzengruppe Luxemburg, Dänemark, Frankreich und Deutschland (alte Bundesländer) noch erheblich.

Gravierender als die Disparitäten zwischen den Ländern sind die Unterschiede zwischen den Regionen der EU. Zu den Regionen, deren BIP je Einwohner weniger als 50 % des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt, gehören die neuen Bundesländer: Thüringen mit 38 %, Mecklenburg-Vorpommern mit 41 %, Sachsen mit 42 %, Sachsen-Anhalt mit 43 % und Brandenburg mit 44 %; zwei griechische Regionen mit 45 % bzw. 47 %; die französischen Überseedepartements Guadeloupe mit 37 % und Réunion mit 45 % sowie vier portugiesische Regionen mit jeweils 41 % bis 48 %.⁵

Zu den Regionen, deren BIP je Einwohner deutlich über dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegt, gehören: Brüssel (Belgien) mit 174 %, Hamburg mit 196 %, Darmstadt mit 174 %, Oberbayern mit 157 % und Bremen mit 155 %; Ile de France mit 169 % (Frankreich), Luxemburg mit 156 % und Wien mit 166 %. Hieraus ergibt sich ein BIP-Verhältnis von 1 : 4 zwischen den französischen Überseedepartements und der Ile de France einerseits sowie zwischen den neuen Bundesländern und Hamburg, Oberbayern, Darmstadt und Bremen andererseits.

Auch die neuen Mitgliedstaaten Österreich und Finnland weisen ein gewisses regionales Gefälle auf, liegen jedoch weit entfernt von den niedrigen Ergebnissen anderer Regionen der EU. Im Osten Österreichs liegen Regionen mit extremen Ergebnissen wie das Burgenland mit 75 % und Wien mit 166 %. In Finnland sind die südlichen Regionen und die Insel Aland bei weitem die wohlhabendsten Regionen des Landes mit 120 % des Gemeinschaftsdurchschnitts. Die übrigen Regionen erreichen kaum 90 %.

4 Siehe Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den Regionen der Europäischen Union. In: Eurostat Eurostatistik. Luxemburg (1995)1. S. 26.

5 Siehe ebenda.

Vergleicht man die Entwicklung der regionalen Indizes zwischen den Jahren 1980 und 1992, so weisen die deutschen Regionen Darmstadt und Oberbayern, die spanischen Regionen Madrid, Barcelona und Canarias sowie Irland und Luxemburg ein Wachstum von mehr als 15 Punkten auf. Das andere Extrem bildet eine Gruppe von Regionen mit Verlusten von rund zehn Punkten, gemessen am Gemeinschaftsdurchschnitt.⁶

Die sogenannte Vollendung des Binnenmarktes ab 1993 wurde zum Anlaß genommen, Optimismus im Hinblick auf die regionale wirtschaftliche Entwicklung in der EU zu verbreiten. »Es gibt jedoch empirisch und theoretisch begründete Zweifel, ob dieser Optimismus im Hinblick auf die bislang zu konstatierenden Ungleichheiten in Westeuropa berechtigt ist. [...] Bisher deutet vieles darauf hin, daß sich die schon bestehenden regionalen Disparitäten eher verschärfen werden.«⁷

In ihrem 2. Periodischen Regionalbericht weist die EG-Kommission darauf hin, daß die Entfernung von den Hauptzentren der wirtschaftlichen Tätigkeit ein beträchtliches Handikap für die »ausgewogene Entwicklung peripherer Regionen und eine Quelle erheblicher Benachteiligungen« darstellt, und benennt die Vorteile der zentralen Regionen gegenüber der Mehrheit der peripheren Regionen: »Zugang zu Märkten, Lieferanten, hochqualifizierten Arbeitskräften, nationalen und internationalen Informationsnetzen, Kosteneinsparungen infolge wachsender *economies of scale* und den leichteren Zugang zu den Kapitalmärkten.«⁸

Entwickeltes Zentrum und rückständige Peripherie

Die Europäische Union verfügt heute über ein wirtschaftlich entwickeltes Zentrum und über rückständige Regionen an der Peripherie – mit Ausnahme von Dänemark, Schweden und Finnland. Zum wirtschaftlich rückständigen Teil der EU zählen: Irland, Schottland, Portugal, Andalusien (in Spanien), der Mezzogiorno (in Italien), Griechenland und die fünf neuen Bundesländer. Diese weisen insgesamt ein unterdurchschnittliches Pro-

6 Siehe ebenda.

7 Udo Bullmann/Dieter Eißel: »Europa der Regionen«. Entwicklung und Perspektiven. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu der Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn. Nr. 20–21 vom 14. Mai 1993. S. 3.

8 Die Regionen Europas. 2. Periodischer Bericht über die sozio-ökonomische Lage und Entwicklung der Regionen. Hrsg. von der EG-Kommission. Luxemburg 1984. S. 144.

Kopf-Einkommen als auch eine geringere wirtschaftliche Leistungskraft auf und damit schlechte Aussichten für die Sicherung einer zukünftigen wirtschaftlichen Konvergenz mit dem entwickelteren Zentrum.

Vergleicht man die Wachstumsraten der EG-Länder von 1989 bis 1991, dann zeigt sich zwar, daß die iberischen Länder mit 4,1 % pro Jahr (Portugal) und 3,7 % (Spanien) über dem EG-Durchschnitt von insgesamt 2,3 % lagen, aber daß »bei realistischer Betrachtung [...] z. B. Portugal trotz der relativ hohen Zuwachsraten des BSP – gleichbleibende Zuwachsraten vorausgesetzt – auch in über hundert Jahren den EG-Durchschnitt noch nicht eingeholt haben würde, sondern immer noch 10 Prozent darunter läge.«⁹ Diese Entwicklung macht auch deutlich, daß der sogenannte Regionalfonds¹⁰ den in ihn gesetzten Hoffnungen, zur Verringerung der wichtigsten regionalen wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der EU beizutragen, nicht gerecht wurde. Denn die ärmeren Länder und Regionen tragen im Verhältnis zu ihrem Pro-Kopf-Einkommen relativ mehr zur Finanzierung der EU-Ausgaben bei als die reichen. So zahlte z. B. das relativ reiche Dänemark 1990 rund 2 % der Beiträge zum EU-Haushalt, erhielt jedoch 1989 3,1 % an Rückflüssen. Ähnliches gilt für die Niederlande: Auch sie waren Nettogewinner bei Zahlungen von 6,1 % und Rückflüssen von 11,2 %. Damit erhielten die Niederlande 1989 40 % mehr an Zuschüssen aus dem EU-Haushalt als Portugal und Irland zusammen.¹¹

Als Fazit ist festzustellen, daß die EU-Strategie der nachholenden wirtschaftlichen Entwicklung der Peripherieländer und -regionen bislang die unerwünschten regionalen Disparitäten nicht verhindern und die angestrebte Wirtschaftsunion nicht herbeiführen konnte.

Wie hätte die EU heute ausgesehen, hätten es die Architekten der Maastrichter Konstruktion mit der angestrebten Wirtschaftsunion als der Voraussetzung, als der Vorstufe, als der *conditio sine qua non* der Wäh-

9 Udo Bullmann/Dieter Eißel: »Europa der Regionen«. Entwicklung und Perspektiven. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu der Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn, Nr. 20–21 vom 14. Mai 1993, S. 8.

10 Durch die Einheitliche Europäische Akte von 1986/1987 wurde dem Regionalfonds die Aufgabe übertragen, zur Verringerung der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte beizutragen, indem er die Entwicklung und *strukturelle Anpassung* der rückständigen Gebiete fördert und die Umstellung der *Industriegebiete* mit *rückläufiger Entwicklung* unterstützt.

11 Siehe das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel vom 4. Februar 1991, S. 38–39.

rungsunion ernst gemeint und parallel zu den Konvergenzkriterien der finanziellen Stabilität für den Eintritt in die Währungsunion die Erreichung des gemeinschaftlichen Durchschnitts der BIP der EG zum Kriterium für den Eintritt in die EU und damit in die Wirtschaftsunion auserkoren! Es hätte dann eine Wirtschaftsunion der Zwölf und damit eine EU der Zwölf niemals gegeben. Denn Irland, Spanien, Portugal und Griechenland hätten bei dem Eintritt in die EU ausgemustert werden müssen.

Die angestrebte Wirtschaftsunion innerhalb der EU ist auf der Strecke geblieben. Sie ist verfehlt worden nicht hauptsächlich wegen institutioneller, technischer und organisatorischer Fehlleistungen. Sie ist verfehlt worden vor allem wegen der Kapitallogik, die die EU-Mächtigen als die eigene schätzen, schützen und durchsetzen. Dieser Logik sind wirtschaftlicher Zusammenhalt als auch Solidarität und ökonomische Angleichung so fremd wie Konkurrenz, Eigennutz und ökonomische Ungleichgewichte eigen sind. Konkurrenz kann doch keine Kohäsion herbeiführen. Konkurrenz teilt. Sie einigt nicht. In diesem Sinne werden auch die wirtschaftlich armen Länder der Europäischen Union immer ärmer und die reichen immer reicher.

Es ist nicht zu übersehen, daß in der laufenden Diskussion in Vorbereitung auf die Regierungskonferenz 1996 über die »Wirtschafts- und Währungsunion« nur noch von einer Währungsunion, von einer einheitlichen Eurowährung die Rede ist. Die Wirtschaftsunion wird bewußt völlig ausgeklammert. Sie sollte doch die Währungsunion vorbereiten, zu ihrer wichtigsten Stütze, zu ihrem wirtschaftlichen Standbein werden. Im »Grünbuch« der Kommission heißt es doch: »Sie [die wirtschaftliche Konvergenz – S. L.] ist Kernstück des Vertrages und unverzichtbare Voraussetzung für eine starke und stabile einheitliche Währung, die mindestens ebenso stark ist wie die stärkste nationale Währung.«¹²

Inzwischen hat sich die Wirtschaftsunion zu einem Klotz entwickelt, den man nicht mehr los wird. Deshalb steht auch das Projekt einer »Wirtschafts- und Währungsunion« »bisher nur auf einem und dazu noch auf einem äußerst schwachen währungspolitischen Bein«¹³.

12 Grünbuch über die praktischen Folgen des Übergangs zur einheitlichen Währung. Hrsg. von der Europäischen Kommission. Brüssel Mai 1995. S. 1.

13 Hans Arnold: Die Europäische Union zwischen Maastricht und Maastricht-Revision. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn. Nr. 3–4 vom 13. Januar 1995. S. 5.

3. *Die übergangene Sozialunion: Soziale Differenzierung statt Kohäsion*

Die europäische Integration hat nach und nach das Ziel aufgenommen, den Lebensstandard in den einzelnen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft einander anzunähern und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts anzustreben. Dies geschah einerseits auf dem Hintergrund einer sich vergrößernden Differenzierung der Einkommen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten vor allem nach der Süderweiterung der Gemeinschaft durch die Aufnahme von Griechenland, Portugal und Spanien. Andererseits machte die Einführung der Freizügigkeit innerhalb der Gemeinschaft einen zielgerichteten Abbau starker Einkommensunterschiede notwendig, um der Wanderung von Arbeitskräften in der Gemeinschaft, die vor allem von den Einkommensunterschieden abhängt, Herr zu werden.

Ein geschlossenes Sozialkonzept der EU wird vermißt

Ein in sich geschlossenes Konzept der Sozialpolitik der Gemeinschaft wird jedoch vermißt. Seine Notwendigkeit wurde anfänglich verneint, indem man entweder der Annahme war, daß im Ergebnis des Gemeinsamen Marktes eine automatische Angleichung der nationalstaatlichen Sozialleistungen innerhalb der Gemeinschaft vorstättgehen würde oder von vornherein eine umfassende Angleichung der Sozialkosten in den Mitgliedstaaten für die Errichtung des Gemeinsamen Marktes nicht für erforderlich hielt.

Die zunehmende soziale Differenzierung zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten und Regionen als auch die wachsende Arbeitslosigkeit sowie die Verschlechterung des sozialen Standards für Millionen in der Gemeinschaft zeugten davon, daß der Gemeinsame Markt nicht automatisch sozialen Wohlstand und Vollbeschäftigung herbeiführen kann. Den danach eingeleiteten kosmetischen Korrekturen und eingerichteten Sozialfonds blieb eine effektive Wirkung bislang versagt.

Es besteht ein erhebliches Einkommensgefälle zwischen den Ländern der Europäischen Union. So ist das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Luxemburg – der statistisch mit Abstand wohlhabendsten Nation – mehr als zweieinhalbmal so hoch wie das in Griechenland, dem Schlußlicht in der Einkommensliste. Dort erreicht man nur etwa die Hälfte des EU-Niveaus. Die Deutschen gehören inzwischen nicht mehr zu Europas

Spitzenverdienern. Das vereinte Deutschland nimmt in der Liste nur Rang sieben ein. Bei einem EU-Durchschnittsindex pro Kopf von 100 %, rangieren vor Deutschland mit 101,7 %: Luxemburg (129,8 %), Frankreich (111,9 %), Dänemark (107,5 %), Belgien (106,2 %), Italien (104,0 %), Niederlande (102,6 %). Hinter Deutschland kommen: Großbritannien (96,2 %), Spanien (77,2 %), Irland (71,6 %), Portugal (58,1 %) und Griechenland (47,8 %).¹⁴

Gravierende Unterschiede gibt es auch in den Pro-Kopf-Sozialleistungen der Mitgliedstaaten der EU. So sind diese in Dänemark, an erster Stelle in der Gemeinschaft, achtmal so hoch wie in den beiden letzten der Rangliste, Griechenland und Portugal.¹⁵ Was die staatlichen Renten anbelangt, so fallen diese sehr unterschiedlich aus. Die deutschen Renten pro Kopf der über 60jährigen pro Monat lagen 1993 mit 1658 DM auf Platz vier in der Gemeinschaft, hinter Luxemburg (1785 DM), Frankreich (1658 DM), Dänemark (1642 DM) und vor Italien (1540 DM), Niederlande (1353 DM), Belgien (1287 DM), Großbritannien (944 DM), Spanien (636 DM), Irland (628 DM), Griechenland (333 DM) und Portugal (268 DM).¹⁶ Wesentliche Unterschiede weist auch die Finanzierungsstruktur der Sozialleistungen. Mit höchstem staatlichem Anteil von 85 % an diesen Leistungen behauptet Dänemark die Spitze, gefolgt von Großbritannien (53,5 %), Italien (32,7 %), Deutschland (32,3 %), Griechenland (25 %), Frankreich (19,6 %). Der Anteil der Arbeiter an diesen Leistungen beträgt in den Niederlanden 35 %, in Deutschland 30 %, in Frankreich 28,7 %, in Großbritannien 17,3 % und in Italien 14,7 %.¹⁷

Massenarbeitslosigkeit – unrühmlichstes Sozialdefizit der EU

Mit 20 Millionen Arbeitslosen (Mitte 1995) hat die Europäische Union das unrühmlichste aller ihrer sozialen Defizite. Nach Klaus Zwickel, Vorsitzender der IG Metall, werden die Erwartungen zur Bekämpfung der

14 Siehe EU-Informationen. Bonn. Nr. 4 vom August 1995. S. 7. – Luxemburger sind Spitzenverdiener. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 1. Februar 1994. S. 9.

15 Siehe Soziale Sicherheit im Vergleich. Bonn 1993. S. 21 (Euro-Atlas).

16 Siehe Renten in der EG. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 15. Dezember 1993. S. 8 (Ratgeber). – Die noch recht großen Unterschiede zwischen Renten in den alten und den neuen Bundesländern – mit erheblichen Minuswerten für den Osten – sind in diesem Durchschnittswert nicht ersichtlich.

17 Siehe Soziale Sicherheit im Vergleich. Bonn 1993. S. 17 (Euro-Atlas).

Massenarbeitslosigkeit in der EU nicht erfüllt. Jacques Delors Zielsetzung im »Weißbuch« zur Beschäftigungspolitik, 15 Millionen Arbeitsplätze bis zum Jahre 2000 durch die Realisierung großer Infrastrukturmaßnahmen zu schaffen, scheiterte mangels Finanzierung. »Dieser leichtfertige Umgang mit dem europäischen Hauptproblem der Massenarbeitslosigkeit ist nicht geeignet, die grassierende Europa-Skepsis zu mildern.«¹⁸

Die Arbeitslosigkeit weist ihrerseits wesentliche Unterschiede in den Mitgliedstaaten auf. Bei einer Arbeitslosenquote von 10,7 % (Stand Juli 1995) im Vergleich zu 8,2 % (Stand Dezember 1991) hat die Arbeitslosenzahl mit mindestens 1,5 Millionen pro Jahr kräftig zugelegt. Spanien (22,1 %), Irland (15,4 %), Frankreich (11,8 %) und Italien (11,3 %) liegen weit über der EU-Durchschnittsquote. Die niedrigsten Quoten haben Luxemburg (3,9 %), die Niederlande (6,7 %) und Dänemark (6,8 %). Deutschland weist eine Quote von 8,2 % auf.¹⁹

Bei einer offiziellen Erwerbslosenzahl von 4,217 Millionen in Deutschland (Stand Ende Februar 1996), sind die Arbeitslosenquoten in den einzelnen Bundesländern und Regionen sehr unterschiedlich: Bayern 9,3 %, Baden-Württemberg 8,2 %, Rheinland-Pfalz 10 %, Hessen 9,5 %, Schleswig-Holstein 11 %, Nordrhein-Westfalen 11,5 %, Niedersachsen 13,3 %, Hamburg 11,9 %, Saarland 12,6 %, Bremen 15,4 %, Berlin 15,5 % (West)/14,5 % (Ost), Brandenburg 17,9 %, Sachsen 18 %, Thüringen 19,4 %, Mecklenburg-Vorpommern 20,2 %, Sachsen-Anhalt 20,6 %.²⁰ Spanien, Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben seit einigen Jahren jeweils die Grenze von 3 Millionen Arbeitslosen überschritten.

Die Arbeitslosensituation verschlechterte sich seit den 90er Jahren in weit mehr als der Hälfte der EU-Regionen. Die deutlichsten Zunahmen der Arbeitslosenquote (und zwar um 3 bis 5 Prozentpunkte) finden sich in bestimmten Regionen Spaniens, Süditaliens, in den fünf neuen Bundesländern und in den französischen Regionen Basse-Normandie, Corse, Picardie und Champagne-Ardenne.

Die Arbeitslosenquote liegt über 20 % in einigen Regionen Italiens (Sardegna, Sicilia und Campania), Finnlands (Ìta-Suomi, Pohjois-Suomi) sowie in mehreren Regionen Spaniens, wo mitunter mehr als ein Viertel

18 Klaus Zwickel: Das Politische Projekt Europa muß fortgesetzt werden. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 9. Februar 1995. S. 13.

19 Eurostat. Eurostatistik Daten zur Konjunkturanalyse. Heft 10. Luxemburg 1995. S. 23.

20 Siehe »Leipziger Volkszeitung« vom 7. März 1996. S. 5.

der Erwerbspersonen ohne Arbeit ist (Comunidad Valenciana, Murcia, Pais Vasco, Centa y Melilla usw.). Den traurigsten Rekord hält hierbei die spanische Region Andalucia mit einer Arbeitslosenquote in Höhe von 34,7 %. Das andere Extrem bilden das Großherzogtum Luxemburg und Oberbayern in Deutschland mit Quoten von 3,4 % bzw. 4 %.

Innerhalb der meisten Mitgliedstaaten sind die Arbeitslosenquoten in den am schwersten betroffenen Regionen zwei- bis dreimal so hoch wie in jenen mit den geringsten Beschäftigungsproblemen. Die interregionalen Unterschiede sind am ausgeprägtesten in Deutschland, wo die Arbeitslosenquoten in den neuen Ländern vier- bis fünfmal so hoch sind wie in einigen Regionen im Süden des Landes, sowie in Italien, wo der Süden eine um mehr als das Fünffache höhere Arbeitslosenquote hat als der Norden. Den größten Abstand zwischen zwei Regionen eines Landes gibt es in Spanien mit 19,5 Prozentpunkten.²¹

Die Arbeitslosigkeit der Frauen ist in den Regionen der Union durchgehend höher als die der Männer; Großbritannien stellt allerdings eine Ausnahme dar. Zudem war in der EU der Anstieg der Arbeitslosigkeit von 1993 bis 1995 stärker für Frauen als für Männer. In zahlreichen Regionen Spaniens und Süditaliens sowie in einigen neuen Bundesländern ist mehr als ein Drittel der weiblichen Erwerbspersonen ohne Arbeit; die spanischen Regionen Extremadura und Andalucia verzeichnen gar eine Arbeitslosenquote der Frauen in der Nähe von 50 %.

Die Arbeitslosenquote der Personen unter 25 Jahren steigt ständig. Mit Quoten von über 30 % ist die Situation am dramatischsten in Hainaut und Bruxelles (Belgien), Dytiki Makedonia (Griechenland), in allen spanischen und finnischen Regionen, in Nord-Pas-de-Calais und anderen französischen Regionen (hauptsächlich in der Gegend des Bassin Parisien), in Liguria und Süditalien, wobei Campania eine Quote von 60,1 % aufweist.²²

Drastischer Sozialabbau in der EU den Konvergenzkriterien zuliebe

Die Effizienz der bisherigen sozialpolitischen Maßnahmen der EU muß als äußerst unzureichend eingeschätzt werden. Äußerst gering waren bislang auch die Mittel, die der Europäische Sozialfonds für sozialpolitische

21 Siehe Eurosät. Statistik kurzgefaßt. Regionen 1995. Heft 2. Luxemburg 1995. S. 24.

22 Siehe ebenda.

Ziele in der Gemeinschaft zur Verfügung stellte. Verglichen mit dem Gesamtbudget der Union handelt es sich hier nur um einige wenige Prozentpunkte (1980: 4 %, 1990: 7 %).

Was die Sozialleistungen in den einzelnen Staaten selbst anbelangt, so haben schon fast alle Mitgliedstaaten der EU im Vorfeld der beabsichtigten Währungsunion umfangreiche Maßnahmen zur Reduzierung ihres Haushalts- und Staatsdefizits eingeleitet, um, wie es heißt, die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages für den Beitritt in die Währungsunion erfüllen zu können. Fast überall werden Sozialleistungen beschnitten, Steuern erhöht, der Kampf gegen die Steuerhinterziehung verstärkt, die aufgeblähten Beamtenapparate werden abgebaut, Parlamente verkleinert, staatliche Unternehmen verkauft usw.

In Deutschland sind seit einigen Jahren umfangreiche Sparprogramme in Kraft. Zusätzliche Einnahmen fließen durch die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlages und höhere Steuern auf Versicherungen und Vermögen. Auch bei der Arbeitslosenhilfe ist eine Kürzung um jährlich 3,4 Milliarden DM beschlossen worden. Die ABM-Gelder werden um ein Drittel zusammengestrichen. Die Umstellung der BAföG-Darlehen auf verzinsliche Bankkredite soll den Bund 1996 um 266 und in den Folgejahren um 800 Millionen Mark entlasten. Der Bundeshaushalt 1996 sieht eine Kürzung des Nettotransfers von West nach Ost von 100 auf 76 Milliarden Mark vor. Mit Blick auf den Rückgang der Bundesausgaben um 1,4 % auf 451,3 Milliarden Mark 1996 sprach Finanzminister Theo Waigel vom »sparsamsten Haushalt seit Jahrzehnten«²³.

Der Haushalt 1996 demonstriert jedoch, daß trotz aller Sparbemühungen bei weitem nicht überall gestrichen wird. Das gilt beispielsweise für den Einzelplan 14 – Verteidigung. 190 Millionen DM gibt es außerplanmäßig mehr für die »Beschaffung von Kampfflugzeugen«, und 87 Millionen DM sind zusätzlich zusammengekratzt worden für die Beschaffung von Flugzeugen. Und damit die Rüstungsbeschaffer auch bis ins nächste Jahrtausend weiter planen können, wurden nach Verpflichtungsermächtigungen zusätzliche Mittel ausgesprochen. Bei Kampfflugzeugen bis zum Jahr 2003 von 1,375 Milliarden DM, bei der Flugzeugbeschaffung bis 2002 von 183 Millionen DM.²⁴ Da wird nicht gespart. Wie sollte man auch, wenn man den laut UNO-Wertung der Nationen 1995 erziel-

23 Waigel will mit Finanzministern der Länder über Stabilitätspakt sprechen. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 28. Oktober 1995. S. 2.

24 Siehe »Leipziger Volkszeitung« vom 27. Oktober 1995. S. 3.

ten Platz als Vizeweltmeister im Waffenhandel-Geschäft weiter behaupten will!

In Bonn wird hartnäckig versucht, durch die sozialpolitischen Austeritätsmaßnahmen das Haushaltsdefizit 1996 so zu gestalten, daß man damit einen halben Prozentpunkt besser liegt als die im Vertrag von Maastricht gesetzte Rekordmarke von 3 % des BIP.

Der französische Haushaltsplan sah seinerseits für 1995 eine Verringerung des Defizits von 300 Milliarden Franc (1994) auf 275 Milliarden Franc (rund 80 Milliarden DM) vor. Das wären dann nur noch 3,5 % des BIP. Allein durch den Verkauf von Staatsunternehmen sollen 55 Milliarden Franc eingebracht werden. Die von Präsident Chirac Ende Oktober 1995 angekündigte Verschärfung der Sparmaßnahmen in Frankreich wird viel sozialen Explosivstoff freisetzen, denn diese widerspricht den Ankündigungen Chiracs vor den Präsidentschaftswahlen, als er den Kampf für Millionen neuer Arbeitsplätze zum sozialen Schwerpunkt seiner Wahlkampagne erklärt hatte. Heute ist die Rede von zwei Jahren Entbehrungen zur Verminderung der öffentlichen Defizite. Das bedeutet Steuererhöhungen und höhere Sozialabgaben. So ist die Sanierung der öffentlichen Finanzen zur »Priorität der Prioritäten« erklärt worden und hat in diesem Rang die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgelöst. Das ist ein Abschied von Illusionen, die Chirac im Wahlkampf selbst geweckt hatte. Seit fünfzehn oder zwanzig Jahren habe Frankreich, so Chirac, über seine Verhältnisse gelebt und Schulden angehäuft. Anfang 1993 hätten die Partner Frankreichs, die Deutschen und Briten, ihre öffentlichen Ausgaben rigoros eingeschränkt. Das müßten jetzt auch die Franzosen tun.²⁵ Das sei vom Willen Frankreichs diktiert, bei der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion von Anfang an, also im Jahr 1999, dabei zu sein. Die von Chirac angekündigte neue Atomtestserie, die in vollem Gange ist, würde sicherlich zusätzlich die Erreichung der Rekordmarke von Maastricht erschweren.

Wie fragil die Maastrichter Konstruktion ist, wird besonders an ihrer sozialen Bedingtheit sichtbar. Würde nämlich Frankreich durch die neue Kräftekonstellation im Lande nach der Präsidentschaftswahl dieses oder jenes der sogenannten Stabilitätskriterien der Konvergenz für den Eintritt in die Währungsunion doch nicht erreichen können, wäre die angestrebte Wäh-

25 Siehe Chirac verlangt Opfer von den Franzosen. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 28. Oktober 1995. S. 1.

rungsunion begraben. Würde für Frankreich das Ergebnis der Maastricht-Prüfung »ungenügend« lauten, so wäre dann eine Terminverschiebung, mit der viele in Deutschland liebäugeln, zu Recht oder zu Unrecht in Paris das Todesurteil für die gemeinsame Währung.²⁶ Denn ohne Frankreich kann und wird es keine Währungsunion geben, wie es keine Währungsunion auch ohne Deutschland geben würde.

Auch in Großbritannien wird 1995 der in den letzten Jahren ständig gewachsene Haushaltsfehlbetrag mit ca. 46 Milliarden Pfund Sterling (ca. 100 Milliarden DM) seinen Höhepunkt erreichen. Für das Jahr 1996 wird mit einem Minus von 36 Milliarden Pfund (rund 87 Milliarden DM) gerechnet. Erhebliche Einsparungen sind vor allem in der Sozialkasse und auch im Verteidigungshaushalt vorgenommen worden. Die Bank von England betont, daß die Neuverschuldung im vergangenen Finanzjahr 1994/1995 von 45,5 auf 35,9 Milliarden Pfund gesunken sei. Um das Maastricht-Kriterium der Neuverschuldung einhalten zu können, müsse sie weiter gesenkt werden. Denn sie macht immer noch 5,3 % des BIP aus – nach dem Maastricht-Vertrag sollen es nicht mehr als 3 % sein.²⁷

Alle bisherigen Sparmaßnahmen haben auch in *Italien* das gestellte Ziel verfehlt. Durch eine Rentenreform und andere Sozialmaßnahmen, aber ohne Steuererhöhungen versucht man, die Neuverschuldung im Jahre 1996 um 30.000 Milliarden Lire (rund 30 Milliarden DM) auf 135.000 Milliarden Lire (rund 135 Milliarden DM) zu senken. Damit würde das Defizit aber von 10 auf 8 % des BIP gedrückt. Die Maastrichter Rekordmarke heißt aber nur 3 % und nicht mehr!

Wir haben uns der Mühe unterzogen, so viele Fakten über die tatsächlichen sozialen Differenzen und extremen Diskrepanzen zusammenzustellen, um einerseits so konkret und so real wie nur möglich an Hand ausgewählter sozialer Kriterien wie Einkommen, Sozialleistungen, Renten, Arbeitslosigkeit das bisherige Scheitern der Maßnahmen zur sogenannten sozialen Kohäsion der EU-Länder unter Beweis zu stellen, die ansonsten von den Brüsseler Technokraten in den grellsten Farben hochstilisiert wird. Andererseits wollten wir unseren Lesern in Deutschland das Gefühl europäischer Zusammengehörigkeit vermitteln, indem der Brandenburgerin, dem Schweriner, dem Sachsen und anderen in Ost und

26 Siehe Kurswechsel in Paris. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 28. Oktober 1995. S. 1.

27 Siehe »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 4. November 1995. S. 14.

West die soziale Dimension, die sozialen Probleme, Hoffnungen und Sorgen der Katalanen, der Sizilianer und anderer Mitbürger der Europäischen Union nahegebracht werden.

Soziale Dimension der EU in tiefer Krise

Die soziale Dimension der Europäischen Union befindet sich in einer tiefen Krise. Es hat sich hier *erstens* nicht die soziale Konvergenz, sondern die stärkere soziale Differenzierung zwischen den Mitgliedstaaten, innerhalb eines jeden Staates und seiner Regionen durchgesetzt. *Zweitens* sind die Voraussetzungen für eine einheitliche Sozialpolitik im Rahmen der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion durch das Auseinanderdriften der sozialen Realitäten zwischen den Mitgliedstaaten, innerhalb eines jeden Staates und seiner Regionen nicht vorhanden. *Drittens* ist das Soziale von der hochgepriesenen »Sozialen Marktwirtschaft« in den führenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union sang- und klanglos fallengelassen worden und das wenige, das sonst die Schwachen der Gesellschaft noch hatten, noch weniger geworden und diese um eine Illusion ärmer. Irgendwie bildet sich doch eine einheitliche Sozialpolitik im Rahmen der EU. Nicht aber die des Wohlstands, der sozialen Sicherheit, der Solidarität, sondern der sozialen Differenziertheit und der sozialen Ungleichheit. Die Konvergenzkriterien von »Maastricht« werden von den Konservativen in der EU als Mittel zum Sozialabbau und der sogenannten Verschlinkung des Staates ausgiebig genutzt.

Angesichts dieser Sachlage ist auch mehr als verständlich, warum im Maastrichter Vertrag neben wirtschaftlichen Kriterien auch solche auf sozialem Gebiet völlig ausgenommen werden vom Konvergenzkriterienpaket für die Aufnahme in die Währungsunion. Auch hier scheint die Kapitallogik bei der Bestimmung der Konvergenzkriterien Priorität gegenüber den Zielvorstellungen mancher Grundsätze des Vertrages über die Europäische Union erlangt zu haben, wo das Wirken der Gemeinschaft für »ein hohes Beschäftigungsniveau, ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Hebung des Lebensstandards und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten«²⁸ hoch und heilig postuliert wurde.

28 Vertrag über die Europäische Union. Erster Teil. Grundsätze, Artikel 2 (Aufgabe der Gemeinschaft).

Dafür wären angebracht gewesen ein *erstes* soziales Konvergenzkriterium »Einkommensquote« für jedes Land in Höhe des Durchschnittseinkommens der Gemeinschaft und ein *zweites* soziales Konvergenzkriterium »Arbeitsquote unter soundso viel Prozent«.

Hätten solche Kriterien nicht dazu beitragen können, den Mächtigen zur sozialen Vernunft zu verhelfen, das Gefälle zwischen reich und arm, zwischen oben und unten in Grenzen zu halten und dem Einigungsgedanken einen Ruck nach vorne zu geben?

4. Die Konvergenzkriterien von »Maastricht« spalten die Europäische Union

Der Vertrag über die Europäische Union legt für den Übergang zur Währungsunion folgende Konvergenzkriterien fest, denen jedes Land zu genügen hat.

1. Preisstabilität: Die Inflationsrate darf nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über dem Mittelwert der drei Mitgliedstaaten mit der geringsten Inflation in der EU liegen.
2. Zinssätze: Der durchschnittliche langfristige Nominalzinssatz darf um nicht mehr als zwei Prozentpunkte über dem entsprechenden Satz in den drei Mitgliedstaaten der EU mit den niedrigsten Zinssätzen liegen.
3. Haushaltsdisziplin: Die nationalen Haushaltsdefizite dürfen 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht übersteigen.
4. Verschuldung: Die öffentliche Verschuldung muß unter 60 % des BIP liegen.
5. Währungsstabilität: Eine nationale Währung darf im Verlauf der vergangenen zwei Jahre nicht abgewertet worden und muß in der vom Europäischen Währungssystem (EWS) vorgesehenen Bandbreite von 2,25 % geblieben sein.

Diese Konvergenzkriterien gelten nicht nur als Schlüsselindikatoren für eine gesunde Wirtschaftspolitik, sondern auch als »objektive Grundlage für eine politische Entscheidung« für die Aufnahme in die Währungsunion. »Sie müssen sowohl vor als auch nach dem Übergang zur einheitlichen Währung ohne Einschränkung und in vollem Umfang eingehalten werden.«²⁹ In bezug auf die Einhaltung der Konvergenzkriterien

29 Grünbuch über die praktischen Folgen des Übergangs zur einheitlichen Währung. Hrsg. von der Europäischen Kommission. Brüssel Mai 1995. S. 1 (Vorwort).

»ohne Einschränkung und in vollem Umfang« auch nach dem Übergang zur einheitlichen Währung gibt es jedoch keine Deckung im Vertragstext von Maastricht.

Die Konvergenzkriterien im Interessenstreit der EU-Partner

Alle fünf Kriterien sind mit dem Makel behaftet, nur Momentaufnahmen darzustellen. Die Kriterien jedes einzelnen der beigetretenen EU-Staaten »können sich nach dem Beitritt – je nach der wirtschaftlichen Entwicklung und nach den politischen, vor allem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen in diesen Ländern – verbessern, sie können sich aber auch wieder verschlechtern. Damit würde die Qualität der gemeinsamen europäischen Währung positiv bzw. negativ beeinflusst«³⁰.

Deshalb wurden die strenge Einhaltung der Stabilitätskriterien nach dem Übergang zur Einheitswährung sowie ihre Zementierung und Verschärfung vor allem von Deutschland in die Diskussion vor der Regierungskonferenz 1996 gebracht. Es ist noch offen, ob die dauerhafte Wahrung der Budgetdisziplin durch eine Zusatzklärung zum Maastrichter Vertrag oder durch eine Selbstverpflichtung der beteiligten Länder gesichert werden soll. Dies wäre ein entscheidender Vorgriff in die finanzpolitische Souveränität der Mitgliedstaaten, die dann verpflichtet wären, die dafür notwendige Finanzdisziplin zu wahren. Bundesbank und Bundesregierung äußern Zweifel, ob das Haushaltüberwachungsverfahren, wie es Artikel 104c des Vertrages über die EU vorsieht, wirklich eindeutig ist. Hier wird weniger der Vertragstext kritisiert, als vielmehr ein Vertrauensschwund gegenüber den EU-Partnern, vor allem Frankreich, Italien, Belgien u. a. Ländern zum Ausdruck gebracht. Kommissionspräsident Santer, die Franzosen und die Italiener weisen bislang das deutsche Begehren nach strengeren Haushaltsregeln mit dem Hinweis zurück, der Vertrag von Maastricht sei zu diesem Thema eindeutig.

Deutschland und die Niederlande gehörten bisher zu den klarsten Befürwortern der Maastrichter Konvergenzkriterien. Deutschland vertrat immer wieder die Auffassung, die konsequente Beachtung der Eintrittskriterien als Zielwerte biete Gewähr für einen Konvergenzprozeß und

30 Hans Arnold: Die Europäische Union zwischen Maastricht und Maastricht-Revision. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn. Nr. 3–4 vom 13. Januar 1995. S. 5.

letztlich für einen auserwählten Teilnehmerkreis an der angestrebten Währungsunion. Die Formulierung der einschlägigen Vertragsbestimmungen – insbesondere Artikel 104ff. – stammt doch vor allem von deutschen sowie von niederländischen Autoren. Deshalb fallen sie auch ins Gewicht. Bezugnehmend auf die Debatte um eine außervertragliche Nachbesserung von Maastricht nach deutschem Wunsch, spricht die französische Zeitung »Le Monde« von einem »Europa nach deutschem Zeitmaß«: »Seitdem das geeinte Deutschland politisch nicht mehr unmündig ist und Frankreich seinen privilegierten Status plötzlich verloren hat, kann es daran denken, diesem Europa das eigene Gepräge zu geben. Bis 1989 war die Europäische Gemeinschaft ›ein Garten à la française‹ (der Ausdruck stammt von einem Berater von Kanzler Kohl); heute kann sie Züge vorweisen, die den Deutschen vertrauter sind.«³¹ Die deutschen Vorschläge seien aus der Erwägung entstanden, daß das, was gut für Deutschland ist, auch gut sein müßte für Europa. Das augenscheinlichste Beispiel dafür sei die Wirtschafts- und Währungsunion. Die Deutschen hätten die europäische Einheitswährung nur zu ihren Bedingungen akzeptiert: Sie müsse so stark sein wie die ihre, wenn nicht stärker; die künftige Europäische Zentralbank würde dieselben Ziele verfolgen wie die Bundesbank und dieselbe Unabhängigkeit gegenüber der politischen Macht genießen, um die Preisstabilität zu sichern, und die monetäre, finanzielle und Haushaltspolitik der Europäischen Währungsunion mitsamt den beteiligten Ländern würde der strengen Disziplin folgen müssen, die sich aus den Konvergenzkriterien ergäbe.

Die Mitgliedstaaten der EU, die in absehbarer Zeit die hohe Hürde der Finanzkriterien nicht werden nehmen können, wehren sich entschieden gegen die einseitige Ausrichtung der Kriterien auf finanzpolitische und finanztechnische Arithmetik von Preisentwicklung, langfristigen Zinsen, öffentlichen Finanzen und Stabilität der Wechselkurse. In den Thesen der griechischen Regierung zur Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 heißt es u. a.: »Die Wirtschafts- und Währungsunion scheint bisher nur einen bestimmten Aspekt der Konvergenz zu verstärken – einen nominellen, der keine Garantie für die Perspektive und die Geschwindigkeit der europäischen Integration darstellt. Deshalb ungeachtet dessen, ob das Kriterium der nominellen Konvergenz umgesetzt wird oder nicht, muß sich Europa mit dem Problem der tatsächlichen Konvergenz und mit der wirt-

31 Daniel Vernet: *l'Europe à l'heure allemande*. In: »Le Monde«. Paris vom 1./2. Oktober 1995. S. 1.

schaftlichen und sozialen Kohäsion der Mitgliedstaaten auseinandersetzen.«³² Diese Meinung wird in dieser oder ähnlicher Diktion auch von Italien, Spanien, Irland, Belgien und Portugal vertreten. Man hat auch erhebliche Einwände dagegen, daß die Zukunft der Europäischen Union und ihrer Wirtschaftspolitik hauptsächlich von den finanztechnischen und währungspolitischen Kriterien abhängig gemacht werden soll bei völliger Auslassung wirtschafts- und sozialpolitischer Konvergenzkriterien. Die wirtschaftlich schwächeren Länder halten es nicht im Sinne der Europäischen Einigung, wegen fehlender Prozentpunkte aus der europäischen Integration ausgegrenzt und als Peripherie der Union mit ihrem Schicksal allein gelassen zu werden.

Überwältigende Mehrheit der EU schafft die Konvergenzkriterien nicht

Dieses Unbehagen wird verständlicher, wenn man die Voraussetzungen der einzelnen Länder zur Erfüllung der Konvergenzkriterien der Wirtschafts- und Währungsunion näher unter die Lupe nimmt.

Im Jahre 1991 hätten nur Luxemburg, Dänemark und Frankreich alle Kriterien erfüllt. Belgien, Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Portugal und Spanien hätten das Kriterium Haushaltsdefizit nicht erfüllen können. Griechenland mit einer Inflationsrate von 18,9 %, Großbritannien 5,9 %, Italien 6,4 %, Portugal 11,3 % und Spanien 5,9 % hätten das Kriterium der Inflationsrate nicht erfüllen können. Belgien mit Staatsschulden in Höhe von 131,5 % des BIP, Griechenland 85,2 %, Irland 113,0 %, Italien 103,8 %, Niederlande 79,8 %, Portugal 64,7 % hätten das Kriterium Staatsschulden (nicht höher als 60 % des BIP) nicht erfüllen können. Griechenland mit 23,3 %, Italien 13,0 %, Portugal 17,1 % und Spanien 12,4 % hätten das Kriterium des langfristigen Zinses nicht erfüllen können.

Deutschland hätte nur zwei Kriterien erfüllt; Belgien, Großbritannien, Irland und Niederlande je zwei Kriterien und Spanien nur ein Kriterium; Griechenland, Italien und Portugal hätten überhaupt kein Kriterium erfüllt.³³

32 Thesen der griechischen Regierung zur Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 zur Überprüfung des Vertrages von Maastricht, vorgestellt am 1. Juli 1995. In: Internationale Politik. Bonn. September 1995. S. 126.

33 Siehe Europa nach Maastricht. Die Union. EG-Information. Luxemburg (1992)1. S. 14.

Im Jahre 1995 hätte nur Luxemburg alle Kriterien erfüllen können. Deutschland und Frankreich wären am Kriterium Haushaltsdefizit gescheitert. Italien und Spanien hätten die Kriterien Inflationsrate, Haushaltsdefizit und Staatsschulden nicht erfüllen können. Die Niederlande wären an den Staatsschulden gescheitert. An den Kriterien Haushaltsdefizit und Staatsschulden wären gescheitert: Schweden, Österreich, Finnland und Belgien. Portugal wäre an den Kriterien Inflationsrate, Haushaltsdefizit und Staatsschulden gescheitert. Griechenland wäre an allen Kriterien gescheitert und Irland am Kriterium Staatsschulden.³⁴

Von einer Konvergenz auf finanziellem Gebiet zwischen den EU-Ländern kann nicht die Rede sein. Die Kluft zwischen ihnen erreicht bei einzelnen Kriterien erhebliche Ausmaße. Zwischen Luxemburg, Frankreich, Dänemark und Finnland einerseits und Griechenland andererseits stehen die Inflationsraten in einem Verhältnis von 1:5, zwischen Frankreich und Portugal 1:2,4. Das Kriterium Haushaltsdefizit steht zwischen Deutschland und Griechenland (1995) in einem Verhältnis von 1:5, zwischen Deutschland und Schweden 1:4,5, zwischen Deutschland und Italien 1:4. Das Kriterium Staatsschulden steht zwischen Deutschland und Italien in einem Verhältnis von 1:2; zwischen Deutschland und Belgien 1:2,5; zwischen Luxemburg und Belgien 1:13.³⁵

Nach neuesten Angaben werden von den 15 Mitgliedstaaten der EU gerade mal fünf Länder – nämlich Deutschland, Großbritannien, Dänemark, Irland und Luxemburg – bis 1996 das Kriterium Haushaltsdefizit von 3 % des BIP erfüllen können. Vier Länder – Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Luxemburg – werden bis 1996 die Schuldenquote von weniger als 60 % des BIP erreichen. Legt man die öffentliche Verschuldung zugrunde, so steht fest, daß Belgien und Italien niemals die vorgesehene Richtmarke von 60 % des BIP erreichen können. Was das Kriterium Staatsschulden anbelangt, so liegen heute Frankreich, Italien und Schweden von der Richtmarke von 3 % des BIP weit entfernt.³⁶

Welche Staaten die Maastrichter Prüfung bis Ende 1997 bestehen werden, ist ungewiß. Sicher ist dagegen, daß viele das Ziel verfehlen wer-

34 Siehe EG-Kommission, OECD, Europa und Maastricht. Die Union. EG-Information. Luxemburg (1995) S. 5–8.

35 Berechnungen des Verfassers.

36 Joachim Bischoff: Sonntags für Euro, werktags für D-Mark. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 5. Oktober 1995. S. 2.

den. Wieviele, ist noch ungewiß. Einige werden die Prüfung mit Gewißheit nicht bestehen: Griechenland, Portugal, Spanien, Italien, Belgien, Irland u. a. Länder. Andere werden sich dieser Prüfung überhaupt nicht stellen: Dänemark und möglicherweise Großbritannien. Es ist nicht sicher, daß Länder, die heute dieses oder jenes der Konvergenzkriterien erfüllen, dieses auch in einem oder zwei Jahren noch erfüllen werden. Konjunkturelle Entwicklungen in der einen oder anderen Richtung, die nicht auszuschließen sind, wären in der Lage, alles Bisherige in Frage zu stellen.

Abgesehen von alledem, ist mehr als fraglich, ob *erstens* diese ausschließlich monetär ausgerichteten Kriterien der Konvergenz reale Auskunft geben über die wirtschaftliche Leistungskraft und -fähigkeit der so verschiedenen Volkswirtschaften der Europäischen Union und ob *zweitens* diese Kriterien aussagefähige Prüfsteine sind für den Reifegrad der einen oder anderen europäischen Volkswirtschaft für den Integrationsprozeß und letztendlich für eine Währungsunion und ob *drittens* diese Kriterien echte Garanten sind für die Stabilität der angestrebten einheitlichen Eurowährung. Um dies an einem Beispiel zu demonstrieren, nehmen wir das Kriterium Inflationsrate. Je nachdem, wie hoch die Inflationsrate in den drei relativ preisstabilsten Ländern ist, liegt die Hürde beim Eintritt in die Währungsunion höher oder niedriger; für 1991 hätte sich ein Grenzwert von 4,4 % errechnet. Eine niedrigere Vorgabe als *absoluter* Grenzwert wäre dem Stabilitätsziel doch viel dienlicher gewesen!

Finanzielle Divergenz statt Konvergenz

Man muß aus dem heutigen Stand der Nichterfüllung der Konvergenzkriterien durch die überwiegende Mehrheit der Volkswirtschaften der 15 Mitgliedstaaten der EU den Schluß ableiten, daß auch hinsichtlich ihrer monetär-finanziellen Beschaffenheit die Europäische Union geteilt ist in »oben« und »unten« und zugleich in ein Zentrum und die Peripherie. Eine finanzielle Konvergenz dieser Länder ist nicht in Sicht. Die Konvergenzkriterien von Maastricht haben diese Länder nicht einander näher gebracht. Sie haben sie stärker auseinanderdividiert. Sie grenzen diese von der weiteren Europäischen Integration aus.

Im Grünbuch der Kommission zur Regierungskonferenz 1996 heißt es dazu: »Insgesamt sind die Konvergenzfortschritte allerdings nach wie vor unzureichend, vor allem im Bereich der öffentlichen Finanzen. Hier müssen die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen verstärken [...] Nicht alle

Mitgliedstaaten werden innerhalb des verfügbaren Zeitraums ausreichende Konvergenzfortschritte erzielen. Der Vertrag trägt dieser Möglichkeit Rechnung, indem er vorsieht, daß die Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten die Währungsunion erreichen können.«³⁷

Wie tröstlich für die Länder sind doch die Aussichten, die die Kommission den Ausgegrenzten einräumt: »Durch ihre Teilnahme am Rat der Wirtschafts- und Finanzminister sowie am Erweiterten Rat der Europäischen Zentralbank werden jene Mitgliedstaaten, die nicht von Anfang an teilnehmen, kontinuierlich ermutigt, ihre Anstrengungen zur Erfüllung der Kriterien fortzusetzen.«³⁸

5. *Das Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten im Spannungsfeld unterschiedlicher Europa-Konzepte*

Die künftigen Beziehungen zwischen den an der Währungsunion teilnehmenden und den nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten müssen präzisiert werden, heißt es im Grünbuch der Brüsseler Kommission. »Es muß darüber nachgedacht werden, wie der Binnenmarkt während der Übergangsphase gesichert werden kann. Die Stabilität zwischen den Währungen der beiden Gruppen muß gewährleistet werden, und es muß gründlich darüber nachgedacht werden, welche Mechanismen nach dem Beginn der dritten Stufe [Eintritt in die Währungsunion – S. L.] erforderlich sein werden.«³⁹

Es ist festzustellen, daß sich die Kommission der Europäischen Union durch die eingetretene Entwicklung der Nichterfüllung der Konvergenzkriterien durch die überwiegende Mehrheit der Mitgliedstaaten insoweit überrascht zeigt, daß die Vertragsarchitekten von Maastricht über diesen Fall nicht von vornherein nachgedacht haben. Solche eminent wichtigen Einrichtungen der Europakonstruktion wie der Binnenmarkt sind gefährdet. Es müsse erst jetzt nachgedacht werden, wie er gesichert werden könne in einer Währungsunion, wo soundso viele Mitgliedstaaten fehlen würden. In Gefahr gerät auch eine so zentrale Einrichtung der ganzen währungspolitischen Konstruktion des Vertrages wie die Stabilität zwischen den Währungen der beiden Gruppen. Im Vertrag ist doch nie die

37 Grünbuch über die praktischen Folgen des Übergangs zur einheitlichen Währung. Hrsg. von der Europäischen Kommission. Brüssel Mai 1995. S. 2 (Vorwort).

38 Ebenda.

39 Ebenda.

Rede von zwei Gruppen, geschweige denn von Stabilität zwischen den Währungen der beiden Gruppen. Es herrscht auch keine Klarheit darüber, welche Mechanismen notwendig sind, um diese Stabilität zu gewährleisten. Der Kommission und den Architekten von »Maastricht« geht es dabei weniger um Stabilität zwischen den Währungen beider Gruppen als vielmehr und einzig und allein um die Stabilität der angestrebten Eurowährung. Ist die Stabilität der künftigen Eurowährung nicht gesichert, dann würde doch eine Währungsunion von einigen wenigen Mitgliedstaaten die ganze europäische Konstruktion auf den Kopf stellen. Diese Gefahr ist akut. Sie droht, die Stabilität aller Währungen zu gefährden, die als erste in den »Korb« der Eurowährung Einzug halten würden. Bislang kommt dafür einzig und allein die Währung Luxemburgs in Frage, des Landes also, das 1995 alle Konvergenzkriterien erfüllt. Auch deshalb macht sich Deutschland zum Vorreiter beim Nachdenken über Möglichkeiten, der drohenden Gefahr zu entrinnen. Bundesfinanzminister Theo Waigel hat eben deshalb auf dem Finanzministertreffen der EU, das Ende November 1995 in Brüssel stattfand, einen »Stabilitätspakt für Europa« vorgeschlagen, der darauf abzielt, daß die Mitgliedstaaten der EU nicht nur beim Beginn der Währungsunion, sondern auch *danach*, besonders »in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten«, die Konvergenzkriterien von Maastricht weiterhin einhalten. Einige Länder, darunter Frankreich sowie die Niederlande, würden möglicherweise diesem Pakt zustimmen. Die währungsschwachen Länder sind jedoch gegen zusätzliche Daumenschrauben in der Finanzpolitik. Griechenland stimmt dem Vorschlag nicht zu, Österreich und Belgien melden Bedenken an, und Großbritannien will erst einmal nachdenken. Viele Länder meinten, Deutschland wolle mit immer neuen Forderungen zur Währungsunion das einheitliche Geld am Ende unmöglich machen!

Zweifel an der Realisierbarkeit des Datums 1999 waren insbesondere angesichts der Budgetentwürfe für 1996 aufgekommen, die in Ländern wie Frankreich und Italien noch Defizite aufweisen, welche deutlich über dem Maastricht-Platfonds von 3 % des BIP liegen. In Valencia richteten sich die Blicke des Finanzministertreffens der EU auf Frankreich. Es mehren sich die Zweifel daran, daß die neue französische Regierung die Maastrichter Kriterien noch rechtzeitig erfüllen kann. Finanzminister Theo Waigel hat der italienischen Regierung zu verstehen gegeben, daß Italien nicht zur ersten Gruppe gehören würde, die in die Währungsunion eintreten werde. Auch mit den Belgiern ging er ins Gericht. Sie müßten sich wegen der hohen Staatsschuld erst noch qualifizieren. »Einen Nebenein-

gang der Wirtschafts- und Währungsunion für Kandidaten, die die strengen Voraussetzungen nicht erfüllen, kann es nicht geben«⁴⁰, heißt es bei Kanzler Kohl.

Deutschlands Kerneuropa-Konzept

Nach dieser Kriterien-Qualifizierung-Arithmetik bedeutet der Begriff der »zwei Geschwindigkeiten«: Die einen Länder (welche – weiß bislang keiner mit Sicherheit vorauszusagen) werden *zuerst* und die anderen erst danach (wann, wer und wie – darauf weiß keiner eine Antwort) in die Währungsunion eintreten. Es entsteht der Eindruck, daß durch die »zwei Geschwindigkeiten« die Erreichung eines gemeinsamen Ziels nur zeitlich etwas variere. In der Tatsache geht es vor allem aber darum, daß »das EU-System voraussichtlich aufgespalten werden« würde, denn die Vorstellung von »zwei Geschwindigkeiten« widerspräche »dem früheren Leitgedanken von einer politisch-strukturell einheitlichen EU. Mit ›zwei Geschwindigkeiten‹ würde sich das in der EU Erreichte, der sogenannte ›acquis communautaire‹, mehr und mehr in einen fortschrittlichen und einen weniger fortschrittlichen, in einen besseren und einen allgemeinen Teil aufteilen, sozusagen in einen ›acquis communautaire de luxe‹ und einen ›acquis communautaire commun‹«⁴¹.

Der Begriff der »zwei Geschwindigkeiten« erweckt den falschen Eindruck, daß sich die Währungsunion nun mit einem bestimmten zeitlichen Abstand in zwei Etappen vollziehen würde. Dieser Eindruck trügt, denn es gibt *erstens* nicht den geringsten Ansatz dafür, wann die restlichen Mitgliedstaaten in die Währungsunion nachziehen werden und *zweitens*, wenn sie überhaupt nachziehen werden, würde dies zu unterschiedlichen Zeiten geschehen. Korrekter müßte man also nicht von zwei, sondern von »verschiedenen Geschwindigkeiten«, konkreter »von einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten« sprechen. Einige tun dies. Zu ihnen gehört auch Wolfgang Schäuble: »Für eine Übergangszeit werden wir unterschiedliche Geschwindigkeiten ertragen müssen. Wenn wir Europa

40 Zitiert nach: Helmut Schlesinger: Hoffen auf den Thomas Becket Effekt. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 27. März 1993. S. 13.

41 Hans Arnold: Die Europäische Union zwischen Maastricht und Maastricht-Revision. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn. Nr. 3–4 vom 13. Januar 1995. S. 7.

auf Integrationskurs halten wollen, dann darf nicht der Langsamste das Tempo bestimmen. Europa ist auf die Dynamik der Vorwärtsdrängenden, der Integrationswilligen und Integrationsfähigen angewiesen – nichts anderes ist mit dem Kerneuropa-Konzept gemeint, das ich mit einigen Freunden im vorigen September vorgelegt habe und das in den europäischen Hauptstädten soviel Aufmerksamkeit, aber auch Unruhe hervorgeufen hat.«⁴²

Maastricht II müsse diesem Kerneuropa-Konzept Vorschub leisten und demnach mindestens dreierlei erreichen: *Erstens* müsse die Europäische Union in die Lage versetzt werden, neue Mitglieder aufzunehmen, ohne ihre Entscheidungs- und Handlungskraft einzubüßen; *zweitens* müsse die EU wieder die Unterstützung der öffentlichen Meinung gewinnen; *drittens* müßten das politische Europa und die Währungsunion vor dem Ende dieses Jahrhunderts Wirklichkeit werden.

Dafür sei eine »Justierung des Gleichgewichts der Kräfte und Interessen« angesichts der bevorstehenden Erweiterungen sowie ein europäischer Kodex, der die Römischen Verträge, die Einheitliche Akte und den Vertrag von Maastricht verschmelze und Anpassungen der Zwölfer-Strukturen an eine Mitgliedschaft von 16, 20 oder 25 Staaten ermögliche. Ein »homogener« zentraler Kern (oder auch »fester Kern«), den im wesentlichen Deutschland und Frankreich bilden sollen und der in allen Bereichen der Zusammenarbeit gemeinsamen Regeln unterliegen soll, möge die Integration Europas weitertreiben. Um diesen Kern herum sollen sich Länder mit verschiedenem Status in Währungsfragen, in sozialen, militärischen, kommerziellen, finanziellen oder diplomatischen Fragen lagern.

Diesem künftigen »festen Kern« werden konkrete Aufgaben übertragen, die darin kulminieren sollen, die EU nach der Methode der »variablen Geometrie« und der »mehreren Geschwindigkeiten« in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken, den »festen Kern weiterzufestigen« sowie den zentrifugalen Kräften in der immer größer werdenden Union ein starkes Zentrum entgegenzustellen und damit die Auseinanderentwicklung zu verhindern.⁴³ Dabei geht man von der »Besorgnis« aus, *erstens*, daß die zunehmende Erweiterung der EU ihre gegenwärtigen Institutionen überdehne; *zweitens*, daß die zunehmende Differenzierung der Interessen, die

42 Wolfgang Schäuble: Rede vor dem Schweizerischen Institut für Auslandsforschung, am 11. Juli 1995. In: Internationale Politik. Bonn (1995)9. S. 128.

43 Siehe CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages: Überlegungen zur europäischen Politik vom 1. September 1994.

unterschiedliche Wahrnehmung der Prioritäten, die wachsende Neigung, Abschirmung in einem Zurück zum Nationalstaat zu suchen, sowie die offene Frage nach dem *wann* und *wie* der Einbeziehung Ost-Mitteleuropas in die Union die Gefahr des Rückfalls in eine »gehobene Freihandelszone« heraufbeschwören.

Was das Europa der zwei oder verschiedenen Geschwindigkeiten anbelangt, das vom Vertrag über die Europäische Union ausdrücklich sanktioniert sei, biete dies sogar einen Ausweg: Wer langsam will, soll das tun, aber ohne die anderen, die voraneilen wollen, aufzuhalten.

Die Verwirklichung dieses Europa-Konzepts der mehreren Geschwindigkeiten scheint mühselig und schwierig zu werden. Für das vorläufige »Kerneuropa« werden Deutschland, Frankreich und die Beneluxstaaten genannt. Werden alle diese Staaten als erste die Konvergenz-Kriterien-Prüfung überstehen? Werden die anderen Mitgliedstaaten der EU dieser Kerngruppe gestatten, die EU nach eigenem Ermessen und im eigenen Interesse fortzuentwickeln? Sind die genannten fünf Länder selbst sich bereits über Ziel und Weg der Europäischen Union einig? Ist überhaupt die Mehrheit der Deutschen, der Franzosen und der anderen europäischen Völker mit einem derartigen »Europa« einverstanden? Wie stehen die kleinen, die armen und die neuen Mitglieder der EU zu einem »Kerneuropa«?

Die Vordenker Kerneuropas werden nicht müde zu behaupten, daß es ihnen nicht um Vormacht, nicht um Großmacht, Arroganz, nicht um Hegemonie gehe. Kernpunkt ihrer Überlegungen sei vielmehr die zentrale Frage, wie eine lebensnotwendige Entscheidungs- und Durchsetzungsfähigkeit der EU erreicht werden könne. Nur in einem *engen* europäischen Verbund könne Deutschland europäische Politik mitgestalten, ohne europäische Ängste zu wecken. Diesen Verbund, die Europäische Union, werde es ohne europäische Avantgarde der Art »Kerneuropa« nicht geben. Dieses Europa müsse die notwendige Macht haben, sowohl die Vielfalt in Europa zu entwickeln als auch auf gleichem Fuß mit den Vereinigten Staaten, mit Japan, mit China und mit Rußland an der Verwaltung des Planeten mitzuwirken.

Unterschiedliche Europa-Konzepte der EU-Partner im Widerstreit

Andere als die Vordenker Kerneuropas meinen, daß das »Kerneuropa«-Projekt »die Einheitlichkeit des politischen Regimes innerhalb der EU (›Brüssel‹), eines der Grundprinzipien aller EU-Politik, gefährdet. Vollends deutlich wird die Spaltungstendenz, wenn Protagonisten einer solchen Europapolitik an Stelle von ›zwei Geschwindigkeiten‹ unverhohlen ›konzentrische Kreise‹ [...] anstreben. Zu ›Zentrum‹ und ›Kern‹ gehören Peripherie und Umfeld. In internationaler Politik sind sie daher Synonyme für Beherrschung und Vorherrschaft«⁴⁴.

Es wird zwar großzügig von »variabler Geometrie«, »Kerneuropa« oder »unterschiedlichen Geschwindigkeiten« gesprochen und geschrieben, was – etwa in Italien, Griechenland, Portugal, Spanien und anderen Ländern – aber einfach als kalter Ausschluß von EU-Mitgliedern gelesen und verstanden wurde, die sich nicht dazu aufrufen, europäische Musterschüler zu werden.

Es ist naiv anzunehmen, daß diese Art Kerneuropa-Währungsunion leicht erreichbar wird. Einerseits hat sich seit »Maastricht« in der Währungspolitik ein Wandel vollzogen, der für viele Länder Anlaß ist, das ursprüngliche Konzept der Währungsunion noch einmal zu überdenken: *Erstens* ist das alte Europäische Währungssystem mit seinen starren Regeln zusammengebrochen und hat einem System mit einem Mehr an Flexibilität Platz gemacht; *zweitens* lassen einige Mitgliedstaaten erkennen, daß sie die im Vertrag geforderten Stabilitätskriterien für ihre Wirtschaft in den kommenden Jahren aus binnenwirtschaftlichen Gründen nicht mehr mit dem gleichen Ehrgeiz anstreben wollen wie bisher; *drittens* ändern der Eintritt neuer Mitglieder in die EU und die Annäherung weiterer Staaten aus Osteuropa das alte Bild.

Andererseits stößt das ursprüngliche Konzept der Währungsunion auf wachsenden Widerstand: *Erstens* muß sich die EU für Großbritannien auf eine Freihandelszone beschränken. Alles andere sollte Aufgabe der Nationalstaaten bleiben; *zweitens* gibt es auch den Widerstand der kleinen Staaten und der armen EU-Staaten, die nicht auf die Sonderrechte verzichten wollen, welche ihnen von den Römischen Verträgen eingeräumt werden; *drittens* gibt es schließlich den Widerstand der zentrifugalen Kräfte, die

44 Hans Arnold: Die Europäische Union zwischen Maastricht und Maastricht-Revision. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn. Nr. 3–4 vom 13. Januar 1995. S. 7.

mancherorten – auch in Deutschland – erwacht und nicht gewillt sind, die eigene Währung der zukünftigen Eurowährung zu opfern. Diese Kräfte mehren sich zusehends und schließen ausnahmslos Vertreter aller Schichten der Bevölkerung ein; *viertens* setzt sich die Einsicht in der Europäischen Union immer mehr durch, daß ein freier und ungehinderter Austausch von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen auch ohne Einheitswährung und ohne zentrale Geldpolitik möglich ist. Nach überwiegender Ansicht führender Fachkräfte kann eine Einheitswährung nur am Ende eines staatlichen Vereinigungsprozesses stehen; *fünftens* sei mit »Maastricht« und seinem Kernstück, der Wirtschafts- und Währungsunion, ein *Irrweg* nach Europa beschritten worden. Dieser Weg mache es nicht nur Großbritannien immer schwerer, sich an Europa zu beteiligen. Er sei auch den Herausforderungen infolge der Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa nicht gewachsen. »Maastricht« fessele bislang vitale Kräfte, statt neue freizusetzen. Er versperre selbst den für Frankreichs langfristige Interessen adäquaten Zugang zu einem atlantischen und nach Osten hin offenen Weg, vor allem aber auch zu einem Großbritannien umfassenden Europa. Stattdessen würde er Frankreich in eine sich abkapselnde Europäische Union nur mit Deutschland und vielleicht noch mit den Beneluxländern führen.

Das gespannte deutsch–französische Verhältnis zu Europa

Im Vorfeld der Regierungskonferenz 1996 spielen die deutschen und französischen Vorstellungen über die künftige Gestaltung der Europäischen Union eine entscheidende Rolle. Nicht minder wichtig ist auch die Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Ländern für Europas Zukunft. »Die deutsch–französischen Beziehungen müssen eine qualitativ neue Stufe erreichen, wenn der geschichtliche Fluß des europäischen Einigungsprozesses nicht versanden, sondern sein politisches Ziel erreichen soll«, heißt es in den »Überlegungen zur europäischen Politik« der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages.⁴⁵ »*Den Kern des festen Kerns bilden Deutschland und Frankreich*. Sie waren von Beginn des europäischen Einigungsprozesses an sein *Motor*. Ihr Sonderverhältnis steht vor

45 Siehe CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages: Überlegungen zur europäischen Politik vom 1. September 1994. S. 8.

einer *Bewährungsprobe*, weil sich die eingangs erwähnten Interessen- und Wahrnehmungsdifferenzierungen und damit die Ursachen für eine Auseinanderentwicklungstendenz gerade auch in ihrem Verhältnis zueinander zeigen«⁴⁶, heißt es dort weiter.

Beim Besuch des Präsidenten Chirac in Bonn im Oktober 1995 führten er und sein Gastgeber, Bundeskanzler Kohl, Einigkeit vor. Sie haben die deutsch–französische Eintracht beschworen und »Irritationen« der letzten Zeit ausschließlich auf Pressedarstellungen zurückgeführt. Kohl meinte: »Wir wollen niemanden ausgrenzen, haben aber die Erfahrung, daß entscheidende Fortschritte nur zu erreichen sind, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam vorgehen«⁴⁷.

»Europa und die europäische Integration sind seit der weltpolitischen Zäsur von 1989/1990 und verstärkt seit der Diskussion um Maastricht in eine Krise geraten« stellt der Vorsitzende der IG Metall Klaus Zwickel fest. In diesem Zusammenhang weist er auf »grundlegende Interessendivergenzen zwischen den beiden Hauptakteuren, namentlich Deutschland und Frankreich, hin. Diese hätten sich um das Schäuble-Lemmers-Papier [der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – S. L.] entzündet und verdichtet«⁴⁸. »In Frankreich gibt es Befürchtungen«, heißt es im Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, »daß die Norderweiterung [und erst recht die um Österreich] und später die Osterweiterung zu einer lockeren Formation führen, in der *Deutschland einen entscheidenden Machtzuwachs* erfahren und damit die zentrale Position einnehmen könnte«⁴⁹.

Die deutsche Einigung und der Zusammenbruch der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten haben die Kräftekonstellation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich zuungunsten Frankreichs verändert. Deutschland hat einen sichtbaren Machtgewinn erfahren, während Frankreich aus seiner günstigen Mittellage in Westeuropa in eine europäische Randlage geraten ist. Daraus wachsen Befürchtungen in Frankreich, die Führungsrolle in Europa abtreten und zu Deutschlands Juniorpartner degradiert zu werden. »Frankreich laviert, taktiert und zögert seine Ent-

46 Ebenda. S. 8.

47 Kohl und Chirac führen Einigkeit vor. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 27. Oktober 1995. S. 2.

48 Klaus Zwickel: Das politische Projekt Europa muß fortgesetzt werden. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 9. Februar 1995. S. 13.

49 CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages: Überlegungen zur europäischen Politik vom 1. September 1994. S. 8.

scheidung über die Gestalt des künftigen Europa hinaus, während die politischen Eliten des Landes mal mit Hochmut, mal mit Angst auf Deutschland sehen⁵⁰, meint Josef Janning und stellt fest: »Trotz aller Beteuerungen und trotz eines dichten institutionellen Geflechts, das bis auf die lokale Ebene hinunterreicht, fehlt dem deutsch–französischen Verhältnis die konzeptionelle, politisch-strategische Substanz.«⁵¹

An der Debatte zwischen Frankreich und Deutschland über die Osterweiterung und die Vertiefung der Europäischen Union werden konzeptionelle Divergenzen einer Souveränitätskonzeption (Frankreich) und einer Integrationskonzeption (Deutschland) für Europa sichtbar. Beiden Ländern wird es immer schwieriger, beim erreichten Stand der europäischen Integration Kompromisse zwischen den beiden entgegengesetzten Konzeptionen zu schließen. Zweifel kommen auf, ob bei dieser Konstellation Frankreich und Deutschland der genannten Rolle als Motor der europäischen Konstruktion gerecht werden können. »Für eine Motorrolle reichen die grundlegenden Übereinstimmungen zwischen Frankreich und Deutschland nicht mehr aus.«⁵² Ebenfalls ist das Selbstverständnis der deutsch–französischen Zusammenarbeit als »Motor« der europäischen Einigung kaum noch haltbar. Viele deutsch–französische Initiativen der Vergangenheit entsprangen unterschiedlichen Interessen in beiden Staaten, die bei günstigen Rahmenbedingungen zu einem Kompromiß zusammengeführt werden konnten.⁵³

Wie wird sich wohl die Europäische Union weiterentwickeln mit dem neuen Präsidenten Frankreichs, der zusehends in erster Linie den Ruhm seiner Heimat mehren will und mit den ihm gegebenen Mitteln eine neue Vorrangstellung Frankreichs anstrebt? Er kann sich auf Frankreichs souveränitätsorientierte Europakonzeption voll stützen, die kein Anachronismus ist, sondern in engem Zusammenhang mit der politischen Legitimation des französischen Staates seit der Französischen Revolution steht. Frankreich verbindet »die in Maastricht vereinbarte Währungsunion mit der Absicht, die Macht der Bundesbank einzuschränken, die Leitwäh-

50 Josef Janning: Kerneuropa als Wille und Vorstellung. In: Internationale Politik. Bonn (1995)9. S. 63.

51 Ebenda. S. 67.

52 Axel Sander: Realismus statt Vision. Bonn und Paris bleiben aufeinander angewiesen. In: Internationale Politik (1995)9. S. 32.

53 Siehe Christian Deubner: Frankreich nach Europa. In: Die neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte (1995)3. S. 245–248.

rungsfunktion der D-Mark auszuhebeln und mit Hilfe der neuen europäischen Zentralbank Kontrollfunktionen über die künftige Eurowährung in die Hand zu bekommen«⁵⁴.

Frankreich um Großbritannien bemüht

Es empfiehlt sich, die Äußerung Chiracs ernst zu nehmen, daß die europäische Einigung nicht ohne Großbritannien vollzogen werden könne. Die deutsch–französischen Beziehungen seien zwar wichtig, aber für Europa nicht ausreichend.⁵⁵ Frankreichs offensichtliches Bestreben ist es, sich aus der kräftigen Umarmung durch Deutschland zu lösen und sich im Dreiecksverhältnis Paris, London und Bonn größeren Spielraum zu verschaffen. Frankreich hat doch große Mühe mit der Vorstellung, Elemente staatlicher Souveränität, die gewissermaßen den Nationalstaat definieren, an irgendwelche Technokraten in Brüssel abzutreten. Deutschland dagegen scheint kaum ernsthafte Probleme zu haben mit dem Abtritt nationaler Souveränitätsrechte an Brüssel. Die Interessen Frankreichs und Großbritanniens scheinen dagegen in dieser Hinsicht übereinzustimmen.

In seiner Europavision positioniert sich Großbritannien sowohl gegen ein bundesstaatliches Gebilde als auch gegen das »Kerneuropa«-Konzept. Alle Gemeinschaftsländer sollten zum harten Kern gehören, wobei die Beteiligung an bestimmten Politiken frei zur Wahl stehen müsse. Dies läuft auf ein »Europe à la carte« hinaus, zumindest in allen Domänen, die nicht zwingend der europäischen Union zugewiesen werden müssen. Es handelt sich im wesentlichen um die Politikbereiche, die nicht den EU-Binnenmarkt betreffen. Im Unterschied zur »variablen Geometrie« würden in einem »Europe à la carte« keine Ziele festgelegt, welche alle Mitgliedstaaten gemeinsam anstreben und gemäß ihren Voraussetzungen und Möglichkeiten in unterschiedlichen Zeiten erreichen. »Europe à la carte« heißt freiwilligen Verzicht auf Teilnahme in einem bestimmten Politikfeld, weil man sich mit der Zielsetzung nicht identifizieren kann. Großbritannien widersetzt sich weiteren Integrationsschritten. Es lehnt die Vergemeinschaftung der EU-Außen- und Sicherheitspolitik ebenso ab wie

54 Sylvia-Yvonne Kaufmann: Mit der Währungsunion zum »Kerneuropa«? In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 10. März 1995. S. 11.

55 Siehe »L' Humanité«. Paris vom 12. Juni 1995. S. 18.

erweiterte Rechte des Europäischen Parlaments und die Abschaffung des Vetos im EU-Ministerrat. Zwischen London und Paris besteht »weitgehendes Einvernehmen darin, dem Europaparlament bei der EU-Gesetzgebung nicht mehr Rechte zu übertragen. Demgegenüber möchte Bonn eine Stärkung der Rechte des Parlaments auf der Revisionskonferenz durchsetzen.«⁵⁶

Großbritannien ist grundsätzlich anstatt der Wirtschafts- und Währungsunion für eine riesige Freihandelszone. Die Regierung Major würde die gemeinsame Politik am liebsten ganz von Verhandlungen zwischen den Regierungen abhängig machen. »Bonn hingegen hängt an der Integration fest und möchte sie ausbauen. Dazwischen ordnen die anderen Länder sich je nach Eigeninteressen oder politischer Konjunktur ein«, berichtet »Die Zeit« und schlußfolgert: »Die Europäer werden wahrscheinlich erbittert um diese Grundposition streiten und sich letzten Endes nicht einigen.«⁵⁷

Deutschland und Frankreich forcieren die Militarisierung der Gemeinschaft. »Chiracs Angebot, das französische Atompotential einzubringen, zielt gewiß darauf ab, das eigene Gewicht in der EU zu vergrößern. Zu befürchten ist, daß die unklare »europäische Verteidigungsidentität« deutsche Unterstützung findet, weil dadurch die BRD einen Finger an den atomaren Drücker bekäme – mit oder ohne Maastricht.«⁵⁸ Dabei sollte man die jüngsten geschichtlichen Erfahrungen nicht außer acht lassen. Es darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß de Gaulles späte Annäherung an die Bundesrepublik rationalen Überlegungen entsprang, den Bonner Partner Abstand von dessen sicherheitspolitischer Bindung an Washington gewinnen zu lassen. Chirac fühlt sich doch so wohl in seiner »de Gaulle-Sprößlings-Rolle«. Weniger wohl dürfte sich Chirac fühlen angesichts der Tatsache, daß Europa – statt sich zur eigenständigen Kraft aufzuschwingen – seit 1989 weltpolitisch an Gewicht verloren hat. Eine der Triebkräfte für die Integration der Länder auf dem alten Kontinent war und bleibt immer noch das Bestreben, besonders Frankreichs, den politischen Niedergang Europas aufzuhalten, um die an

56 Sylvia-Yvonne Kaufmann, Maastricht Zwei wirft seine Schatten voraus. In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 24. Oktober 1994. S. 7.

57 Klaus-Peter Schmid: Wieviel Europa darf's denn sein? In: »Die Zeit«, Hamburg vom 2. Juni 1995. S. 10.

58 Sylvia-Yvonne Kaufmann: Maastricht – Europa vor einem Desaster. In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 9. Oktober 1995. S. 2.

sich deutlich sichtbaren gemeinsamen Interessen besser wahren zu können. »Maastricht« steht für diese nicht unwesentliche Aufgabe.

In die sonst vertraute europäische Gleichung hält seit der Wahl Chiracs Unberechenbarkeit Einzug. Neue Herzlichkeit prägt das Verhältnis der Franzosen und Briten: Europa soll wieder eine Drei-Mächte-Diplomatie haben, die diesen Namen auch verdient – möglichst mit Frankreich als dem umworbenen Partner. Es geht um gegenseitige Verführung. Großbritannien soll – so sieht es Frankreich – für eine von den USA unabhängige europäische Sicherheitspolitik gewonnen werden. Frankreich soll, nach britischem Ermessen, Schritt für Schritt in die integrierte Militärstruktur der NATO gelockt werden. Es liegt natürlich in deutschem Interesse, die erst keimende britisch-französische Zusammenarbeit herunterzuspielen und zu versuchen, die Aufmerksamkeit Chiracs auf die großen wirtschaftlichen Fragen umzulenken und sie dort festzunageln. Die Prioritätenordnung von »Maastricht« – das Geld zuerst, um den europäischen Zusammenschluß politisch irreversibel zu machen, also das Wirtschaftliche vor dem Militärischen – steht nun auf dem Prüfstand.

Die mutmaßliche Gemeinsamkeit zwischen Deutschland und Frankreich besteht wohl in der Erkenntnis, daß durch die 1995 vollzogene und künftige Erweiterung die Europäische Union politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell derart heterogen werden wird, daß das Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten bzw. das Europa der variablen Geometrie, abgesehen von der einzigen Ausnahme – Währungsunion –, zur Regel werden muß. Für Chirac liegt die Stärke Europas in Anlehnung an de Gaulles Europaideal, in der Vielfalt von dessen Nationen und Kulturen, die, einander ergänzend, ein unverwechselbares Ganzes bilden, ohne je ihr geschichtlich gewachsenes Einzelwesen preiszugeben. Wohl oder Übel: Deutschland kommt nicht umhin, diese in Revolutionen entstandene französische Europavision zu respektieren.

6. *Wie stabil und vertrauenswürdig wird die geplante Eurowährung sein?*

So stark wie die Mark?

In einer Veröffentlichung des Bundesministers für Finanzen unter dem Titel »Stark wie die Mark« heißt es: »Die zukünftige Eurowährung wird so stark sein wie die Deutsche Mark. Die bewährte deutsche Stabilitätspolitik ist in Maastricht zur Richtschnur der künftigen europäischen Währungspolitik geworden: Unsere Partner haben sich für das deutsche Modell entschieden. Seit Jahrzehnten ist unsere D-Mark ein Symbol für Stabilität, Sicherheit, Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Von diesen Werten geben wir beim Übergang zu einer gemeinsamen Europa-Währung nichts preis – im Gegenteil: Die Deutsche Mark wird zur Europa Mark.«⁵⁹

Im »Grünbuch« der Kommission, das drei Jahre später veröffentlicht wurde, heißt es zum gleichen Thema: »In den Augen der Öffentlichkeit hat die Glaubwürdigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion zweifellos unter der Rezession und den Währungsturbulenzen der letzten drei Jahre gelitten. Meinungsfragen zufolge gibt es noch immer eine knappe Mehrheit für die einheitliche Währung, doch ist die Situation von Land zu Land sehr unterschiedlich.« Den europäischen Bürgern solle »der Wert ihrer neuen Währung vermittelt werden. Sie müssen davon überzeugt werden, daß diese neue Währung ein Element der Stabilität, des Wachstums und des künftigen Wohlstands unseres Kontinents darstellt.«⁶⁰

Vorteile und Nachteile der Europawährung unter der Lupe

Das »Grünbuch« befließigt sich dieser Aufgabe: »Nur die einheitliche Währung und das damit verbundene stabilitätspolitische Umfeld wird den Europäern die folgenden zahlreichen konkreten *Vorteile* verschaffen:

- ein effizienterer Binnenmarkt, sobald die einheitliche Währung geschaffen ist,

59 Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Stark wie die Mark. Hrsg. vom Bundesministerium der Finanzen. Bonn April 1992. S. 3.

60 Grünbuch über die praktischen Folgen des Übergangs zur einheitlichen Währung. Hrsg. von der Europäischen Kommission. Brüssel Mai 1995. S. 5.

- Wachstum und Beschäftigung werden angeregt,
- Wegfall der mit der Existenz mehrerer europäischer Währungen verbundenen Mehrkosten,
- größere internationale Stabilität,
- vermehrte gemeinsame monetäre Souveränität der Mitgliedstaaten.«⁶¹

Es wird auch darauf hingewiesen, daß die Transaktionskosten (Kosten von Devisengeschäften oder der Absicherung des Wechselkursrisikos), die innerhalb der Währungsunion völlig wegfallen werden, keineswegs unbedeutend sind; sie werden auf 0,5 % des BIP der Europäischen Union, d. h. 20 bis 25 Milliarden ECU jährlich, veranschlagt.

Sehr wichtig ist den Befürwortern der einheitlichen Währung, daß unter dem neuen Regime der Währungsunion die Währungsschwankungen verschwinden sollen; daraus verspricht man sich einen weitaus geringeren Aufwand zur Absicherung von Wechselkursschwankungen. Von etwas geringerer Bedeutung sind die Argumente, daß die Preise international eher vergleichbar sein werden und daß die grenzüberschreitenden Zahlungen billiger werden sollen.

Als Vorteil der einheitlichen Währung wird auch der Umstand hervorgehoben, daß die Ablösung der nationalen Währungen durch die Eurowährung nicht, wie bei einer Währungsreform, zu einem Realwertverlust führen wird. Alle monetären Größen: Löhne, Preise, Forderungen und Verbindlichkeiten werden zu den einheitlichen, zu Beginn der Währungsunion festgelegten Kursen umgestellt, so daß die Kaufkraft des Geldes erhalten bleiben soll.

In der Diskussion um die Einführung der einheitlichen Eurowährung werden auch die *Nachteile*, die sich daraus ergeben, herauskristallisiert. Das sind u. a.:

- Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte in der Geld- und Währungspolitik.
- Höhere Anpassungslasten, die dadurch entstehen, daß der Wechselkurs in einer Währungsunion realwirtschaftliche Störungen nicht mehr abfedern kann. Finanz- und Lohnpolitik müssen gewährleisten, daß die nationale Konvergenzfähigkeit nicht darunter leidet.
- Hohe Kosten und umfangreicher Zeitbedarf für die Bewältigung der fälligen Währungsumstellung; im Durchschnitt nimmt man an, daß 13 Monate für die Umstellung ausreichen sollten, wobei die einzelnen

61 Ebenda. S. 2 (Vorwort).

Branchen ihr Zeitpensum allerdings unterschiedlich einschätzen. Die Banken rechnen mit rund 30 Monaten, während Industrieunternehmer weniger als ein Jahr dafür veranschlagen. Kaum existieren Vorstellungen über die ungefähre Höhe der Umstellungskosten.

- Am schwersten wiegt vor allem in der deutschen Industrie die Befürchtung, daß die Forderungen nach einem Finanzausgleich innerhalb der Europäischen Union zunehmen werden und daß Deutschland den größten Teil dieser Umverteilung zu tragen hätte.
- Fast gleich bedeutend ist indessen die Angst, daß die Währungsunion die Inflation beschleunigen werde; in vielen Unternehmen glaubt man nicht daran, daß die Politiker auf europäischer Ebene sich energisch für Stabilität einsetzen werden, da nachhaltige Kompromisse nur allzu wahrscheinlich werden.
- Um die Stabilität der Eurowährung abschätzen zu können, müßten die an der Währungsunion teilnehmenden Länder bekannt sein. Genau diese Information, welche fast bis Anfang 1998 nicht verfügbar sein wird, zählt für die Wirtschaft zu den wichtigsten Grundlagen, um eine Währungsumstellung vorzubereiten und sich überhaupt auf den entstehenden Währungsraum einzustellen. Wenig hilfreich sind für diese Bedenken der Wirtschaft auch die Ausführungen der EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies: »Wer kommt denn in die Währungsunion? Es kommen nicht die Schwächsten, sondern zunächst die Stärksten. Wir haben dann eine Stabilitätsunion. Die neue Währung wird also eher stärker sein, weil sie die stärksten Währungen zusammenfaßt. Die Stabilität der D-Mark hängt im übrigen auch heute wesentlich von der wirtschaftlichen Stärke Europas ab.«⁶²
- Von großer Wichtigkeit wäre eine Vorgabe, die ebenfalls erst sehr spät im währungspolitischen Prozeß festgelegt werden soll, nämlich die Kenntnis der fixierten Wechselkurse der Endstufe der Währungsunion.
- Ein Großteil der Unternehmer fürchtet, daß nationale Währungen und Eurowährung längere Zeit nebeneinander als gleichberechtigte Zahlungsmittel gelten und durch diese Doppelwährungslösung erhebliche Mehrkosten besonders für die exportorientierten Zweige entstehen können.

62 Monika Wulf-Mathies: Im Gespräch mit der LVZ über die Währungsunion. In: »Leipziger Volkszeitung« vom 31. Juli 1995. S. 3.

Eurowährung im Blickfeld der internationalen Finanzmärkte

Für die internationalen Finanzmärkte wird der Ausgang der Debatte über eine einheitliche Eurowährung von größter Bedeutung sein, da Anlageentscheide davon beeinflusst werden. Meinungsunterschiede über den Zeitplan der Währungsunion bestehen nicht nur auf politischer Ebene. Auch die Finanzmärkte verfügen nicht über eine einheitliche Sicht. Allerdings sind zunehmend Stimmen zu vernehmen, die auf eine Streckung des Maastricht-Fahrplanes drängen. Grundsatzfragen zu einer Währungsunion, insbesondere ob sie aus wirtschaftlicher Sicht wünschenswert und machbar ist und wie man mit den geringsten Reibungen zu ihr kommen kann, beschäftigen die Teilnehmer der internationalen Kapitalmärkte vor allem dann, wenn unterschiedliche Beurteilungen zu Konflikten führen und Kurseinbrüche mit empfindlichen Kapitalverlusten hervorrufen.

Auch der zunehmend in der Öffentlichkeit ausgefochtene Streit, welche Länder aus fiskalpolitischer Sicht für eine Währungsunion reif sein werden, verstärkt den Eindruck, daß das ganze Experiment in ernststen Schwierigkeiten steckt und sogar Gefahr läuft, abgebrochen werden zu müssen. Dies führt seinerseits zu wachsender Unruhe auf den internationalen Kapitalmärkten. Ausdruck dieser Unruhe sind Empfehlungen von Kapitalmarktinstitutionen an die Adresse der EU: So bestehe nach der Londoner Investmentbank CS First Boston keine Eile und daß die Währungsunion am besten langsam eingeführt werden solle. Gleichzeitig biete die sich nun abzeichnende Streckung des ursprünglichen Zeitplanes die Möglichkeit, die Anpassungsphase zu verlängern und die sich aus dem Maastrichter Vertragswerk ergebenden Zwänge zu Deregulierung und fiskalischer Konsolidierung besser mit der politischen Notwendigkeit eines raschen Wirtschaftswachstums und einer niedrigeren Arbeitslosigkeit zu kombinieren.⁶³

Eine Verlängerung des Konvergenzprozesses hätte nach den Analytikern der US-Bank Morgan Stanley International nicht nur den Vorteil, daß mehr Zeit zur Durchführung der notwendigen Strukturreformen entsteht. Darüber hinaus ergäbe sich ein größerer Freiraum, in dem in Ergänzung zu den Maastrichter Eintrittskriterien auch eine europaweite Übereinstimmung über die notwendige Fiskal- und Geldpolitik *nach* Einführung einer Einheitswährung bzw. Fixierung der Wechselkurse erzielt werden

63 Siehe »Neue Zürcher Zeitung« vom 2. Oktober 1995. S. 7.

könne. Aus der Sicht der Experten von CS First Boston hätten die europäischen Auseinandersetzungen der letzten Zeit den durchaus wünschbaren Effekt gehabt, daß die Vorbereitungen für eine Währungsunion nicht mehr nur durch den Maastrichter Zeitplan diktiert werden, sondern daß ökonomische Kriterien *zunehmend* den Ausschlag geben werden.⁶⁴

Hier wird von führenden Bankkreisen den Maastrichter Architekten vor Augen geführt, *erstens* wie einseitig die Ausrichtung ihrer Konvergenzkriterien nur auf fiskalische bzw. finanzpolitische Stabilitätsmaßnahmen, *zweitens* wie kurzsichtig die Ausschaltung wirtschaftlicher Konvergenzkriterien, *drittens* wie brüchig die Währungs konstruktion und *viertens* wie gefährlich der hektische Wettlauf mit dem in »Maastricht« vorgegebenen Zeitplan ist.

Stimmungstief zur Einheitswährung in der deutschen Wirtschaft

Eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) offenbart ein bedrohliches Stimmungstief zur Währungsunion und zur einheitlichen Eurowährung in der deutschen Industrie. So halten lediglich 55 % der Unternehmen es für wünschenswert, daß Anfang 1999 die dritte und damit letzte Stufe auf dem Weg zu einer einheitlichen Währung beginnt. Immerhin 40 % der Betriebe sind schlichtweg dagegen. Schlimmer noch. Fast zwei Drittel der Maastricht-Befürworter betrachten es als »nicht wahrscheinlich«, daß der vereinbarte Zeitplan eingehalten wird.⁶⁵

Die Umfrage zeigt, daß sich die deutschen Unternehmen erst ansatzweise mit einer möglichen Währungsunion befaßt haben. Für viele Unternehmen ist eine Währungsunion noch in weiter Ferne, teilweise sei man ohnehin skeptisch eingestellt, und allgemein wären gerade jene Informationen wertvoll für eine Vorbereitung, welche heute nicht verfügbar sein können.

Bisher hat sich erst knapp ein Drittel der befragten Unternehmen mit der Umstellung auf eine neue Währung befaßt, und nur ein Achtel der Unternehmen aus der Stichprobe hat darüber hinaus begonnen, sich auf eine solche Umstellung vorzubereiten. Naturgemäß hat man vor allem im

64 Siehe ebenda.

65 Siehe Oliver Schumacher: Zagen und Zaudern. Unter mittelständischen Unternehmen in Deutschland grassiert die Angst vor der Europäischen Währungsunion. In: »Die Zeit«, Hamburg vom 29. September 1995. S. 21.

Kreditgewerbe abzutasten versucht, welche Maßnahmen mit Blick auf eine mögliche Ablösung der D-Mark zu ergreifen wären. Nur etwa in jedem zehnten Unternehmen glaube man, daß eine Währungsumstellung heute schon die Geschäfte beeinflusst. Nicht einmal ein Zehntel der Befragten hat Vorstellungen über die ungefähre Höhe der Umstellungskosten; selbst unter den Banken kann sich nur etwa ein Viertel der Unternehmensvertreter die zu erwartenden Kosten ungefähr ausrechnen.

Die DIHT-Experten sehen die abwartende Haltung der deutschen Wirtschaft in engem Zusammenhang mit der Ungewißheit, welche überhaupt das ganze Vorhaben der Währungsunion prägt. Gut ein Drittel der Befragten würde die Währungsumstellung denn auch dann angehen, wenn die neuen Banknoten und Münzen eingeführt werden. Darüber hinaus halten zwei Fünftel der Unternehmen aus der Stichprobe das Vorhaben für nicht wünschenswert. Vor allem Vertreter der exportorientierten Industrie sehnen sich nach der einheitlichen Währung, während der Enthusiasmus im Handel deutlich gering ist. Zudem sind es vor allem die großen Unternehmen, welche sich von einem größeren Währungsraum Vorteile erhoffen.⁶⁶

Für die Großunternehmen der exportorientierten Industrie ist es am vorteilhaftesten, für Europa zu sein, jedenfalls solange damit der Abbau der Grenzen, der Zölle, der Handelsbeschränkungen im Dienstleistungs- und im Kapitalverkehr gemeint ist. Ihr Vorteil liegt auf der Hand. »Europa ist bei uns der wichtigste Teil des Marktes«, zitiert »Die Zeit« Heinrich von Pierer, den Chef von Siemens: »Wir sagen: das ist unser Heimatmarkt – nicht Deutschland, sondern Europa –, und wir haben immer noch 70 % unseres Geschäftes in Europa.« »Für uns ist das absolut vital«, bekräftigt Karl Otto Pöhl, der ehemalige Chef der Bundesbank und heutige Mitarbeiter des Frankfurter Bankhauses Oppenheim, »daß das so weitergeht«. Dem stimmt Hermann Rappe, der frühere Vorsitzende der IG Chemie zu: »Der deutsche Absatz in den europäischen Ländern sichert hier überhaupt erst die Produktion. So etwas Verrücktes, wir leben doch von Europa. Wenn jemand von Europa profitiert, dann sind wir das doch.«⁶⁷ Die »Frankfurter Allgemeine« zitiert den bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber aus seiner Antrittsrede als neuer Bundesratspräsident von Anfang November 1995, in der er ausdrücklich bekräftigt,

66 Siehe ebenda. S. 22. – »Neue Zürcher Zeitung« vom 29. September 1995. S. 9.

67 Zitiert nach Nina Grunenberg: Was wollen die Deutschen mit Europa? In: »Die Zeit«, Hamburg vom 1. Juli 1994. S. 3.

daß auf den Zusammenhalt der Wirtschafts- und Währungsunion »Deutschland als ›das‹ Exportland angewiesen sei«⁶⁸.

Mehrheit der Deutschen mißtraut der europäischen Einheitswährung

»Fast vier Jahre nach Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages steckt das europäische Großprojekt in einer Vertrauenskrise. [...] Alle Umfragen belegen seit langem in seltenem Einklang, daß eine alarmierend deutliche Mehrheit der Bevölkerung dem ehrgeizigen Vorhaben mißtrauisch bis ablehnend gegenübersteht.«⁶⁹ So beschreibt »Die Zeit« die Stimmung in Deutschland, wo nach wie vor die Pessimisten überwogen und die Befürworter in der Defensive seien.

Ob in der Defensive oder Offensive, melden sich die Befürworter einer einheitlichen Eurowährung in der zunehmend intensiver werdenden Diskussion über die zu erwartenden negativen Folgen der geplanten Europäischen Währungsunion für die Stabilität der D-Mark. So Rudolph Seiters: »Keine europäische Partnerregierung hat Anlaß anzunehmen, daß die Deutschen vor der WWU kneifen wollen. Wir sagen aber auch, daß die Stabilität für uns einen höheren Stellenwert hat als der Termin [...] die Deutschen [haben] keine Veranlassung, die europäische Währung zu fürchten. Denn nicht nur die Bundesregierung, auch der Deutsche Bundestag und nicht zuletzt die Bundesbank werden sorgsam darüber wachen, daß kein Land zur WWU zugelassen wird, das die strengen Konvergenzkriterien nicht erfüllt. Dennoch haben wir mit der Zustimmung zur WWU den Menschen in Deutschland einen hohen Vertrauensvorschuß abverlangt, weil die Vereinbarungen von Maastricht in ihrem politischen Teil hinter der Wirtschafts- und Währungsunion zurückbleiben.«⁷⁰

Mehr populistische Deklarationen als sachliche Argumentationen sind charakteristisch für die sich fast wiederholenden Stellungnahmen der offiziellen Befürworter einer einheitlichen Eurowährung und ihrer Stabilität. So auch Finanzminister Waigel: »Der Vertrag von Maastricht trägt die

68 Stoiber warnt vor Spaltung des Binnenmarktes und der EU. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 4. November 1995. S. 2.

69 »Die Zeit«. Hamburg vom 29. September 1995. S. 21.

70 Rudolph Seiters: Welches Europa wollen wir? In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 28. April 1995. S. 8.

Handschrift deutscher Stabilitätskultur. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion wird eine Stabilitätsgemeinschaft mit stabilen Preisen, niedrigen Zinsen und gesunden Staatsfinanzen sein.«⁷¹ Deshalb sei es wichtig, so der bayerische Ministerpräsident Stoiber, daß die »Euro-Mark«, wie von Bundesfinanzminister Waigel gefordert, durch einen »Stabilitätspakt« dauerhaft und mit »wirksamen Sanktionsmaßnahmen garantiert«⁷² werde.

Es sind doch wesentliche Nuancen in den Aussagen der beiden bayerischen Politiker festzustellen. So sattelfest wie sein Finanzminister in Hinblick auf die Stabilität der Eurowährung ist Stoiber doch nicht, wenn er sich dagegen ausspricht, die Währungsunion im Jahr 1999 mit einem wie er sagte, »zu kleinen Teilnehmerkreis« zu beginnen. Dies berge die Gefahr einer »Spaltung Europas«, wenn jene Staaten, die die Kriterien zu Beginn nicht erfüllen, für längere Zeit nicht in die Union integriert werden könnten. Eine »zementierte Währungsgrenze quer durch den Binnenmarkt« könne nicht nur den Binnenmarkt«, sondern den politischen Zusammenhalt in der EU insgesamt gefährden«⁷³. Hier ist weniger von der Einheit, als vielmehr von der Gefahr einer Spaltung Europas die Rede. Stoiber spricht nicht von der Stabilität der Eurowährung, als vielmehr von der Gefahr einer zementierten Währungsgrenze quer durch den Binnenmarkt sowie von der Gefährdung des politischen Zusammenhalts in der EU. Hier wird die Angst von einem anfänglich zu kleinen Teilnehmerkreis an der Währungsunion offen ausgesprochen. Doch nur diesen kleinen Teilnehmerkreis in Gestalt von »Kerneuropa« stellen die alleroptimistischen Prognosen für die Währungsunion am 1. Januar 1999 in Aussicht!

Deutschland für Stabilitätspakt und Sanktionsmaßnahmen zum Schutz der Eurowährung

Im Vorfeld der Regierungskonferenz 1996 zur Revision des Maastrichter Vertrages fordern vor allem die Befürworter der einheitlichen Eurowährung aus Deutschland einen Stabilitätspakt, der dauerhaft garantiert wer-

71 Theo Waigel: Die Europäische Währungsunion bedeutet stabile Preise und niedrige Zinsen. In: »Leipziger Volkszeitung« vom 4./5. November 1995. S. 3.

72 Stoiber warnt vor Spaltung des Binnenmarktes und der EU. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 4. November 1995. S. 2.

73 Ebenda.

den soll durch Sanktionsmaßnahmen gegen Teilnehmer der Währungsunion, die nach dem Eintritt in die Währungsunion die Konvergenzkriterien beim Haushaltsdefizit und der Staatsverschuldung überschreiten. Erst soll der betreffende Staat getadelt werden. Führt dies nicht zur erwünschten Korrektur, dann sind Sanktionen bis zu »Geldbußen in angemessener Höhe« laut Artikel 104c des EU-Vertrages vorgesehen. »Der politische Prozeß, der durchlaufen werden muß, bevor Sanktionen ergriffen werden können, ist zu kompliziert und langwierig. Darüber hinaus schmerzen die bisher vorgesehenen Strafen kaum«⁷⁴, meint der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Schulhoff und fordert: »Nur ein ernsthaftes Drohpotential kann die einzelnen Regierungen zu haushaltspolitischem Einlenken bringen. Der Entzug des Stimmrechts im Rat der Europäischen Zentralbank oder etwa die allgemeine Bindung von Transfergeldern der Europäischen Union (Strukturfonds, EG-Agrarhilfen) an fiskalische Kriterien wären geeignete Maßnahmen.«⁷⁵ Da für den Fall einer ernsthaften Krise der öffentlichen Finanzen eines Mitgliedes der Währungsunion noch keine vertraglichen Vorkehrungen getroffen sind, schlägt Schulhoff vor: »Nur der tatsächliche Ausschluß eines Bankrotteurs aus der Währungsunion mit Wiedereinführung der nationalen Währung bringt – als Drohpotential im Sanktionskatalog festgeschrieben – endgültige Klarheit.«⁷⁶ Er schlußfolgert: »Insgesamt bedeutet ein schärferer Sanktionskatalog einen weitgehenden Eingriff in die Freiheit der nationalen Haushaltsgestaltung. Zu einem solchen notwendigen Souveränitätsverzicht muß jedes Land bereit sein. Reicht der politische Wille auf der Revisionskonferenz im nächsten Jahr dazu nicht aus, wird die Währungsunion nicht gelingen.«⁷⁷

Dieses Eurowährungs-Szenario der Befürworter einer Kerneuropa-Währungsunion, gespickt mit »ernsthaftem Drohpotential«, »Geldbußen«, »Strafen«, »Entzug des Stimmrechts im Rat der Europäischen Zentralbank«, »notwendigem Souveränitätsverzicht« bis zum »tatsächlichen Ausschluß« eines Sünder-Mitgliedstaates oder »Bankrotteurs« aus der Währungsunion ist nicht geeignet, Vertrauen der Bürger in die geplante Währungsunion zu wecken, sie von ihrer Notwendigkeit zu überzeugen, ihre Ängste um die Stabilität der D-Mark zu beschwichtigen und ihre

74 Wolfgang Schulhoff: Notfalls an den Ausschluß denken. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 17. Oktober 1995. S. 18.

75 Ebenda.

76 Ebenda.

77 Ebenda.

ablehnende Haltung zu dämpfen. Neue Sorgen ruft dieses Szenario bei all den Bürgern auf den Plan, denen ein vereintes humanistisches Europa teuer ist und erstrebenswert.

Das geplante Kleineuropa der einheitlichen Eurowährung entfernt sich zusehends vom Europa der Völker, das sie nach den Gründern des Integrationsprozesses einander näher bringen, ihnen sozialen Schutz gewähren, ihre Lebensqualität heben und den sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten fördern sollte. Die Tiefe der Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Vertrages über die Europäische Union dürfte das Gefühl der politischen Selbstzufriedenheit und Machtfülle seiner Architekten dämpfen.

Scheitern der Währungsunion nicht ausgeschlossen

Nicht einmal alle Gründernationen der Europäischen Gemeinschaft werden dem auserwählten Klub der Eurowährung angehören, die am 1. Januar 1999 entstehen soll. Fahrplan und Ausgestaltung der Europäischen Währungsunion – etwa was ihren Teilnehmerkreis betrifft – sind noch ungewiß. Es könnten sich ja nach politischer und wirtschaftlicher Konjunktur bis dahin manche unerwartete Entwicklungen ergeben.

Es sind in diesem Zusammenhang grundsätzlich folgende Möglichkeiten einer Europäischen Währungsunion-Entwicklung denkbar: *Erstens* politische Erwägungen, den Teilnehmerkreis der Europäischen Währungsunion bereits 1999 möglichst groß zu halten, überwiegen die ökonomische Notwendigkeit, den Konvergenzkriterien um jeden Preis Achtung zu verschaffen.

Zweitens: Die Konvergenzkriterien werden nicht aufgeweicht. Um den Teilnehmerkreis möglichst groß zu halten, wird vielmehr der zeitliche Fahrplan der Europäischen Währungsunion »gestreckt«. Dadurch ebbt die Diskussion um die Einheitswährung etwas ab.

Drittens: Fahrplan und Konvergenzkriterien werden strikt durchgesetzt. Es entsteht tatsächlich eine »kleine« Währungsunion 1999, die sich möglicherweise aus dem D-Mark-Block Deutschland, Niederlande, Luxemburg und Frankreich zusammensetzt.

Viertens: Fahrplan und Konvergenzkriterien werden strikt durchgesetzt. Frankreich oder Deutschland verfehlen mindestens eines der Konvergenzkriterien. Die Europäische Währungsunion scheitert.

7. *Bewußtes Verzögern der Osterweiterung durch die Europäische Union*

Im West–Ost-Verhältnis bleibt Europa weiterhin gespalten

Das gegenwärtige EU-Europa krankt daran, daß es als vorgeschobene Bastion der westlichen Welt konzipiert und auf das Gebiet der westeuropäischen Union reduziert wurde. Die Europa-Politik läuft auf ein egoistisches Verschanzen in einer festeren Organisation allein des entwickeltesten Teils des Kontinents hinaus. Trotz der verkündeten Absicht, mit den mittel- und osteuropäischen Ländern ein Verhältnis der historischen und kulturellen Nähe betreiben zu wollen, gelingt es dem Westen Europas nicht, sich in die Gegenwart, geschweige denn in die Zukunft dieser Länder zu versetzen. Europa besteht heute aus mehreren Europas: des Westens, der Mitte, des Ostens, des Südens. Unvorstellbar scheint es, all diese Europas im Rahmen der Europäischen Union zu einem großen Projekt zu vereinen. Denn Europa war nie eins in seiner Geschichte, außer unter den kurzen Dominationen des Reiches. Europa war gekennzeichnet durch extreme Disparität und Zerstückelung. Wirtschaftlich und geopolitisch sind diese Europas zu unterschiedlich. Für die nächste Zukunft sind keine echten Chancen sichtbar, die hierin Grundlegendes ändern könnten. Auch eine unüberlegte Politik der Öffnung der Europäischen Union für die Länder Mittel- und Osteuropas, ohne Berücksichtigung ihrer mannigfachen Spezifika, würde Gefahren in sich bergen sowohl für ihre noch konvaleszenten Wirtschaften, für ihre Regierbarkeit und für ihre Beziehungen zueinander, zu Westeuropa und insbesondere zu Rußland.

Der Drang der mittel- und osteuropäischen Staaten nach dem Westen gründet auf eine Vielzahl von Elementen. Ein wesentliches ist der Antirussismus, nicht in erster Linie deshalb, weil das russische Geld gefürchtet wird. Ein allgemeineres Element der Öffnung nach dem Westen ist mit einer deutlichen Doppelbestimmung versehen, die eine in Richtung der Atlantischen Allianz, wo die amerikanische Schutzmacht als Magnet wirkt, die andere in Richtung Westeuropa, das als Vorbild wirtschaftlicher Wirksamkeit gilt: Der Annäherung an den Westen wird prioritäre Bedeutung beigemessen auch als Mittel zur inneren Stabilisierung der mittel- und osteuropäischen Gesellschaften auf ihrem Weg zur Demokratie und zur Normalisierung ihrer zwischenstaatlichen Beziehungen.

Um die Integration des europäischen Kontinents voranzutreiben, wurde im Juni 1989 auf dem Pariser Wirtschaftsgipfel der G 7 die Europäi-

sche Kommission mit der Koordinierung des sogenannten Wirtschaftshilfeprogramms für Polen und Ungarn im Rahmen des PHARE-Programms beauftragt. Die anderen Mitgliedstaaten der OECD schlossen sich dieser Aktion an. Dieses Programm wurde nach und nach auf die Tschechische Republik, die Slowakei, Rumänien, Bulgarien, auf die drei baltischen Staaten, Albanien und auf einige Staaten Ex-Jugoslawiens ausgedehnt. Für die früheren Sowjetrepubliken und seit 1994 für die Mongolei läuft ein paralleles Hilfeprogramm namens TACIS.

Schwerpunkte dieser Programme sind: die Öffnung der Märkte der Geberländer für die Waren der Empfängerländer, die Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion, die Investitionen, die Ausbildung und der Umweltschutz. Die Kredite, die der Haushalt der EU für diese Programme bereitstellt, beliefen sich insgesamt auf 6,5 Milliarden ECU, das sind ca. 13 Milliarden DM, und zwar für PHARE-Programme 4,5 Milliarden ECU seit 1990 und 2 Milliarden ECU für TACIS seit 1991.⁷⁸ Davon haben Polen und Ungarn allein mehr als ein Drittel bekommen. Diese Mittel sollen eingesetzt werden, um die wirtschaftliche und soziale Umgestaltung dieser Länder auf dem Weg zur Marktwirtschaft sowie ihre Einbeziehung in den europäischen Integrationsprozeß zu fördern.

Die EU hat darüber hinaus Assoziierungsabkommen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten abgeschlossen. Diese Europäischen Abkommen betreffen sowohl Zuständigkeitsbereiche der Gemeinschaft als auch der Mitgliedstaaten. Schwerpunkte dieser Abkommen sind: die Präferenzbehandlung, der freie Handel und freie Verkehr, die wirtschaftliche sowie finanzielle und kulturelle Zusammenarbeit.

Der Europäische Rat hat 1993 auf seiner Tagung in Kopenhagen *erstmalig* die Kriterien festgelegt, nach denen die mittel- und osteuropäischen Länder, sofern sie es wünschen, Mitglieder der Europäischen Union werden können. Sie müßten dafür die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen erfüllen: stabile demokratische Verhältnisse, eine Marktwirtschaft, die dem Konkurrenzdruck innerhalb der Gemeinschaft standhält sowie die Fähigkeit, die Ziele der politischen, wirtschaftlichen und der Währungsunion zu erfüllen. Beim notwendigen Reformprozeß sei auf Schützenhilfe durch die Gemeinschaft zu rechnen; die Anpassungskosten beim ökonomischen Aufholprozeß müssen primär von den beitragswilligen Ländern selbst getragen werden.

78 Siehe *Via les programmes Phare et Tacis*. In: »Les Echos«. Paris vom 7. Juni 1995. S. 4.

Die zwischen der Europäischen Union, Rußland und der Ukraine im Juni 1994 geschlossenen Partnerschaftsabkommen sollen bis zur Jahrtausendwende eine Freihandelszone schaffen sowie in diesen größten Partnerländern der Union den Übergang zur Marktwirtschaft und eine Stabilisierung der Währungen fördern. Von einer etwaigen Mitgliedschaft in der Union heute und in der Zukunft wird abgesehen.

Interessenkonstellation in der EU und in den ost- und mitteleuropäischen Staaten zur Osterweiterung

Einer Osterweiterung der Europäischen Union stehen Deutschland und Großbritannien aus verschiedenen Erwägungen heraus aufgeschlossen gegenüber. Deutschland möchte dadurch seine Beziehungen in der nach 1989 entstandenen neuen Einflußsphäre in Mittel- und Osteuropa stärken. Großbritannien sieht darin eine sehr günstige Möglichkeit, die EU auf eine Freihandelszone zu reduzieren. Frankreich trachtet danach, eine mögliche Osterweiterung mit einer neuen Süderweiterung im Mittelmeerraum, einschließlich der nordafrikanischen Staaten, zu koppeln. Eine einseitige Osterweiterung kommt für Frankreich nicht in Betracht. Diese würde die deutschen Positionen stärken und die Frankreichs in der EU schwächen. Die ärmeren EU-Mitgliedstaaten Spanien, Portugal, Griechenland, Irland und auch Italien sehen in einer Osterweiterung mögliche Positionsverluste in der Union sowie das Gespenst neuer Ostkonkurrenten in der Landwirtschaft und die Gefährdung ihrer Anteile an den Struktur- und Regionalfonds der Europäischen Union.

Dieser Interessenkonstellation entspricht auch die halbherzige Haltung der Europäischen Union zur Osterweiterung. Deshalb mehren sich, wenn es auch keinen fixierten Zeitplan für den Beitritt dieser Länder gibt, im Vorfeld der Regierungskonferenz 1996, wo die Osterweiterung mit Sicherheit zu den prioritären Tagesordnungspunkten zu rechnen sein wird, die Anzeichen dafür, daß es Beitritte der mittel- und osteuropäischen Länder nach »verschiedenen Geschwindigkeiten« geben wird. Danach kämen Polen, Ungarn und die Tschechische Republik als die ersten. Eine nächste Gruppe würde sich zusammensetzen aus der Slowakei, Bulgarien, Rumänien und möglicherweise noch Slawonien. Später kämen die baltischen Staaten, die Staaten, die sich aus Ex-Jugoslawien bilden würden und Albanien.

Die erstgenannten Länder Polen, Ungarn und die Tschechische Republik verstärken den Druck auf die Union und verlangen ihre unverzügliche Aufnahme. Ihr Hauptargument: Sie seien heute der EU genauso nahe, wie damals Griechenland, Spanien und Portugal vor ihrer Aufnahme in die Gemeinschaft. Sie würden bereits alle Bedingungen erfüllen, die im Vertrag von Rom, in der Einheitlichen Akte von 1986, im Vertrag über die Europäische Union (»Maastricht«) 1991 enthalten sowie nochmals durch den Europäischen Rat 1993 in Kopenhagen präzisiert worden sind. Sie seien bereits pluralistische Demokratien und Marktwirtschaften. Sie seien zwar noch weit entfernt von der Erfüllung aller Konvergenzkriterien von Maastricht, insbesondere der Kriterien betreffs Inflationsrate und Staatsverschuldung, man dürfe jedoch nicht einseitig auf diese Kriterien pochen. Diese würden auch von einer Mehrheit der jetzigen EU-Mitgliedstaaten nicht erfüllt. Polen, Ungarn und die Tschechische Republik maßen sich auch nicht an, unmittelbar in die dritte Stufe der Währungsunion eintreten zu wollen, sondern sie streben die Mitgliedschaft in der Europäischen Union an.

Osteuropas Wirtschaft im Aufwärtstrend

In ihrem neuesten »Transition Report« unterstreicht die Osteuropabank (EBRD) in London, daß eine Rückkehr zum Wirtschaftswachstum und zu einer relativ niedrigen Inflationsrate für den Transformationsprozeß von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in den osteuropäischen Ländern charakteristisch ist. Am wenigsten fortgeschritten sei die Restrukturierung bisher in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Vielfach würden sogar die gleichen günstigen Bedingungen in den osteuropäischen Ländern herrschen, die den südostasiatischen Ländern in den letzten Jahrzehnten zu einem raschen Wachstum verholfen haben: Außenorientierung der Wirtschaft, makroökonomische Stabilität, ausgebildete Arbeitskräfte und Handelspartner mit hohem Nachfrage- und Investitionspotential.

Für das Jahr 1995 erwarten die Analytiker der EBRD, daß die meisten Länder positive Wachstumsraten ausweisen können: Polen 6 %, Tschechische Republik 4 %, Ungarn 3 %, Slowakei 5 %, Slowenien 6 %, Bulgarien 3 %, Rumänien 4 %, Albanien 6 %, Rußland -3 %, Ukraine -5 %, Litauen 5 % und Estland 6 %.⁷⁹

79 Siehe Transition Report. In: »Neue Zürcher Zeitung« vom 2. November 1995. S. 9.

Trotz der verbesserten Wirtschaftslage habe noch keines der osteuropäischen Länder wieder den Stand des Bruttonettoproduktes (BSP) von 1989 erreichen können. Am besten schneidet Polen ab (97 %), während neben Rußland (49 %) und einigen anderen Ländern, vor allem Tadschikistan (40 %), Armenien (37 %) und Georgien (17 %) ökonomisch besonders schlecht dastehen. Die Länder Mittel- und Osteuropas stünden besser als die der GUS: Tschechische Republik (85 %), Ungarn (86 %), Slowakei (84 %), Slowenien (94 %), Bulgarien (75 %), Rumänien (81 %), Albanien (75 %), Ukraine (43 %), Litauen (42 %) und Estland (74 %).⁸⁰

Erfolge seien auch im Kampf gegen die Inflation erzielt worden. In fast allen Ländern wird erwartet, daß die Konsumgüterpreise 1995 wohl weniger rasch steigen werden als 1994. Und während 1992 bis 1994 häufig vier- und sogar fünfstellige Inflationsraten erreicht worden waren, liege das Niveau nun mehrheitlich in einem besser kontrollierten Bereich von 30 % und weniger: Polen (23 %), Tschechische Republik (10 %), Ungarn (28 %), Slowakei (10 %), Slowenien (10 %), Bulgarien (50 %), Rumänien (30 %), Albanien (5 %), Rußland (145 %), Ukraine (150 %), Litauen (30 %) und Estland (22 %).⁸¹

Die Integration der osteuropäischen und baltischen Länder in die Weltwirtschaft gestalte sich erfolgreich. Die Osteuropabank in London ist der Ansicht, daß seitens der westlichen Industriestaaten noch mehr getan werden könnte. Zwar habe die Europäische Union mit einer Reihe von ost- und mitteleuropäischen Ländern Verträge zum Abbau der Handelschranken abgeschlossen, doch vor allem bei landwirtschaftlichen Exporten bestehe *kein* Freihandel, und Sicherheitsklauseln schützten Produzenten aus der EU vor ost- und mitteleuropäischer Konkurrenz. Auch der Zufluß von Auslandskapital sei noch relativ gering. Im letzten Jahr (1994) waren die gesamten Auslandsinvestitionen in den mittel- und osteuropäischen Staaten mit 5,7 Milliarden US-Dollar ungefähr so hoch wie allein in Malaysia.⁸²

Polen, Ungarn und die Tschechische Republik befinden sich nach den wichtigsten wirtschaftlichen Kennziffern und ihrer geopolitischen Beschaffenheit auf dem guten Wege, die Eintrittbedingungen der Europäischen Union zu erfüllen. Die EU zögert jedoch hartnäckig sie aufzunehmen. Wo liegt nun die Schwierigkeit? Welches sind die eigentlichen

80 Siehe ebenda.

81 Siehe ebenda.

82 Siehe ebenda.

Ursachen der Ausgrenzung der mittel- und osteuropäischen Staaten von der Europäischen Union?

Warum verzögert die EU die Osterweiterung?

Erstens: Die drei mittel- und osteuropäischen Staaten Ungarn, Polen und die Tschechische Republik bleiben nach übereinstimmender Auffassung in Brüssel und in den Hauptstädten Westeuropas, trotz all ihrer wirtschaftlichen Fortschritte der letzten Jahre, *arme* Länder. Deshalb würden sie bei einem Eintritt in die EU sowohl den Unionsdurchschnitt des BIP-pro-Kopf senken als auch das komplexe System der Strukturfonds der Union – nämlich den Regionalfonds, den Sozialfonds und die Strukturabteilung des Agrarfonds – sehr stark beanspruchen, ein System, das das allgemeine Ziel setzt, einen Beitrag zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Gemeinschaft zu leisten. Dadurch würden sie in Konkurrenz zu den südeuropäischen Staaten Spanien, Portugal, Griechenland und Teilen Italiens sowie Irlands beim Empfang von Mitteln aus diesen Strukturfonds treten und deren Anteile empfindlich senken. Darüberhinaus würde die Mehrzahl der 15 EU-Staaten durch eine Mitgliedschaft Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik in der EU dazu gezwungen, ihren eigenen Beitrag für diese Fonds wesentlich zu erhöhen.

Zweitens: Die drei mittel- und osteuropäischen beitrtrittswilligen Staaten Polen, Ungarn und die Tschechische Republik würden mit ihrer Spezialisierung für den Export in sensible Bereiche der derzeitigen EU-Mitgliedstaaten, vor allem bei Stahl, bei chemischen Erzeugnissen, Landwirtschafts- und Lebensmittelprodukten, eindringen. »Vor allem die Billiglohn-Konkurrenz aus Ost- und Mitteleuropa fordert jetzt die wohlbekannten protektionistischen Reflexe in der EU heraus«, heißt es in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, »Tschechischer Stahl, polnische Textilien oder ungarische Lebensmittel werden angesichts niedriger Preise – bei steigender Qualität – vielen Westeuropäern als Bedrohung der eigenen Arbeitsplätze empfunden.«⁸³ Würden Polen, Ungarn und die Tschechische Republik Mitglieder der EU, so wären sie automatisch nehmende Teilhaber an den Schutzbestimmungen der Union auf diesen Gebieten und besonders an der Agrarpolitik der Gemeinschaft.

83 Michael Mertes/Norbert J. Prill: Es wächst zusammen, was zusammengehören will. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 9. Dezember 1994. S. 11.

Drittens: Die drei mittel- und osteuropäischen Staaten werden als harte Konkurrenten für die Landwirte der EU-Mitgliedstaaten in der Gegenwart und Zukunft gehalten. Die Landwirtschaft hat eine größere Bedeutung in den ost- und mitteleuropäischen Ländern als in den westlichen. Der Anteil der Landwirtschaft an der aktiven Bevölkerung ist ziemlich hoch: 8 % in der Tschechischen Republik und 19 % in Polen. Auch der Beitrag der Landwirtschaft am BIP ist hoch: 8 % in der Tschechischen Republik und über 20 % in Polen. Obwohl sich die Lage der Landwirtschaft in diesen Ländern seit 1990 merklich verschlechtert hat und trotz des Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion, ist ihr Export an den Erzeugnissen der Landwirtschaft in die EU-Staaten gestiegen, bei einer starken Abnahme der Exporte nach Rußland und einem Rückgang der eigenen Konsumtion. Zur gleichen Zeit haben die stark subventionierten Agrarexporte der Mitgliedstaaten der EU in die mittel- und osteuropäischen Staaten allgemein zugenommen und sind in Konkurrenz zu den osteuropäischen Landwirten getreten. Erst seit 1993 erzielt die Europäische Union einen Überschuß bei ihren Agrar- und Lebensmittelexporten in die mittel- und osteuropäischen Staaten.⁸⁴

Im Lichte dieser Tatsachen erscheint es vielen Mitgliedstaaten der EU und auch der Brüsseler Bürokratie fraglich, ob bei der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten gewisse traditionelle, längst vor »Maastricht« realisierte Gemeinschaftspolitiken unverändert weitergeführt werden können. Dabei handelt es sich in erster Linie weniger um die Reform von Institutionen, sondern vielmehr und vor allem um die beiden besonders ausgabenträchtigen Bereiche Agrar- und Regional- bzw. Strukturpolitik, die zusammen rund 85 % des gesamten EU-Haushalts absorbieren. Deren Kosten würden bei einer EU-Mitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Staaten ins Unermeßliche steigen, meinen viele.

In Brüssel weiß man genau um diese Zusammenhänge. Auch deshalb die Zurückhaltung. Auch deshalb die sture Politik der Abgrenzung und der Ablehnung der mittel- und osteuropäischen Staaten. Um aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden, wird in EU-Kreisen über die Gründung einer sogenannten Organisation für die europäische Integration laut nachgedacht, die die EU und die Länder gruppieren soll, die am ehesten für den Beitritt in Betracht kommen, d. h. Polen, Ungarn und die Tschechische Republik und nach und nach die anderen mittel- und osteuropäi-

84 Siehe Marie Lavigne: L'Union Européenne, toujours plus vers l'Est? In: »Le Monde Diplomatique«. Paris (1994)9. S. 20.

schen Staaten. Diese Organisation wäre ein Einheitsmarkt und würde sehr dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ähneln, der seit Januar 1994 existiert. Aus diesem Einheitsmarkt wären dann ausgeschlossen der für die mittel- und osteuropäischen Länder so wichtige Agrarhandel, die freie Zirkulation von Personen und der Zugang zu den Finanztransfers.⁸⁵ Dieses aus der Not geborene, scheinbar geistreiche Projekt hat für die in Frage kommenden Länder, und vor allem für Polen, Ungarn und die Tschechische Republik, einen wesentlichen Nachteil: Es ist für sie diskriminierend. Diskriminierend finden sie auch seinen scheinbaren Multilateralismus. Davon wollen sie nur eine einzige Variante zur Kenntnis nehmen: nämlich den Multilateralismus, den sie nur im Rahmen der Europäischen Union würden praktizieren können. Und sie bestehen darauf: Entweder den oder gar nichts!

Diese Entweder-oder-nichts-Haltung der drei mittel- und osteuropäischen Staaten gegenüber der Europäischen Union hat die Fronten auch innerhalb des Abkommens von Visegrad vom Dezember 1992 zwischen Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei verhärtet. Dieses hatte eine Freihandelszone zwischen den drei Ländern (seit 1993 sind es durch die Spaltung der Tschechoslowakei vier Länder geworden) beschlossen und wurde abgestimmt mit den Bestimmungen ihrer Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, wonach nur der Industriebandel, nicht aber der Agrarhandel, zwischen den Partnern liberalisiert werden sollte. Dieses Abkommen kam nur zeitweilig und geringfügig in Anwendung. Seine Unterzeichner haben bald die Handelsrestriktionen eingeführt und dadurch möglicherweise eine ausbaufähige Alternative einer Freihandelszone aufgegeben, die auf einige benachbarte Länder wie Bulgarien, Rumänien, Albanien, Slowenien etc. hätte ausgedehnt werden und diesen Ländern mehr Gewicht hätte verleihen können bei der Gestaltung ihrer gegenwärtigen und künftigen Beziehungen mit der Europäischen Union. Der tschechische Präsident Václav Havel gibt zu bedenken: »Alle diese Länder sind jetzt vom schweren Werk der inneren Umstellung völlig in Anspruch genommen, und da denkt vielleicht ein jedes eher an sich selbst als an das Verbindende. Doch daß es in dieser Region einen gemeinsamen geistigen Raum gibt, das, so meine ich, ist jedem bekannt und bewußt.« Und in bezug auf das Verhalten Westeuropas gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten meint er: »Ich gebe zu, daß ich mehr Großzügigkeit und

85 Siehe ebenda.

mehr Mut begrüßen würde, damit gewisse Lösungen möglich werden. Manchmal scheint mir der Westen allzu zurückhaltend zu sein und allzuviel Vorsicht walten zu lassen. Insbesondere gilt dies im Bereich des Integrationsprozesses. Das aber kann auch für den Westen selbst ungünstige Folgen haben. Der Westen (zeigt) nicht klar genug, ihm liege es an einer bürgerlichen Gesellschaft in diesem Raum und er sei bereit, diese Länder in den demokratischen Raum aufzunehmen.«⁸⁶

Antirussismus ein schlechter Ratgeber für die europäische Integration

Trotz aller Unsicherheiten, die in den Entwicklungen der Nachfolgestaaten der UdSSR herrschen und die jede Voraussage ihrer zukünftigen Gestaltung verbieten, gibt es keinen Grund, diesen immensen und reichen menschlichen und wirtschaftlichen Raum, insbesondere seinen europäischen Teil mit Rußland (der Ukraine, Weißrußland) an der Spitze, aus dem europäischen Integrationsprozeß auszuschließen bzw. auszugrenzen. Auch der Antirussismus ist ein schlechter Ratgeber für die Integrationsprozesse auf dem Kontinent. Trotz all seiner wirtschaftlichen und sonstigen Schwierigkeiten erweist sich Rußland als der wichtigste Kreditgeber für die Länder der früheren Sowjetunion. Rußland ist mehr als jeder andere daran interessiert, daß in den Nachfolgestaaten der UdSSR kein wirtschaftliches oder politisches Chaos entsteht. An der Entwicklung eines effizienten Handels unter den Bedingungen erschwelter Zahlungsfähigkeit vieler GUS-Mitgliedstaaten hat Rußland großen Anteil, trotz riesiger eigener Schwierigkeiten auf dem Gebiet. Der Rubel ist seit seinem historischen Tiefstand im April 1995 (5130 Rubel pro Dollar) jetzt bereits seit einigen Monaten stabil, liegt derzeit bei rund 4500 Rubel pro Dollar. Stabilisiert wurde er durch die Einführung eines Valutakorridors, der den Rubel nicht unter einen Wert von 4900 : 1 rutschen lassen darf. Das BIP ist im ersten Halbjahr 1995 nur noch um 4 % gegenüber einem Minus von 17 % für das Jahr 1994 zurückgegangen, die Industrieproduktion um 3 % nach 24 % in 1994. Aber Rußland produzierte vergangenes Jahr gerade noch 46 % des Volumens von 1990, dem letzten Jahr der UdSSR. Der Staatshaushalt Rußlands wies im Vorjahr ein Defizit von 9,5 % des

86 Václav Havel: Wir sind ein wirklich freies Land geworden und wollen ein Mitglied der Familie der europäischen Demokratien sein. In: »Neue Zürcher Zeitung« vom 26. Oktober 1995. S. 7.

BIP auf, in diesem Jahr sollen es 7,3 % werden.⁸⁷ Auch deshalb setzt Rußland nach dem Abschluß von Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Union den Ruf nach Investitionen immer stärker fort. Der entsprechende westeuropäische Widerhall auf diesen Ruf läßt auf sich warten. So unterschiedlich auch die Interessen der einzelnen EU-Länder an Rußland sein mögen, scheinen sie die Chance zu verspielen, einem eminent wichtigen Stabilitätspotential des Kontinents – Rußland und seinen benachbarten Staaten – die Hilfe zu erweisen, ohne die dem europäischen Integrationswerk Gefahr droht, in die Brüche zu gehen.

Nachdenklich dürften in diesem Zusammenhang die Worte des bekannten französischen Senators Jean François-Poncet all diejenigen stimmen, die, aus welchen Gründen auch immer, versuchen, Rußland von der Europäischen Union fern zu halten bzw. die Atlantische Allianz, direkt oder indirekt, gegen Rußland zu richten: Europa »könnte Rußland finanzielle, technologische und industrielle Hilfe leisten und entscheidende Unterstützung geben. In diesem Fall würde Rußland zu einem erstrangigen strategischen Alliierten für Europa [...] Europa hat von einem Zerfall Rußlands nichts zu gewinnen. Sein Interesse ist es, daß Rußland eine große Macht bleibt und in seiner dreifachen Dimension – orthodox, islamisch und asiatisch – ein Stützpunkt für das Europa von morgen wird. Auf dem Balkan wird es keine Eintracht geben ohne die Hilfe Rußlands, und wir werden mit dem Islam und Asien ohne Moskau keine ausgewogenen Beziehungen haben. Europa ist, nach dem Wort des französischen Philosophen Paul Valéry nur ein »kleines Kap Asiens«. Diesem unerfreulichen Schicksal kann es nur entgehen, wenn es sich auf einen russischen Partner stützen kann, der stark und zur Zusammenarbeit bereit ist.«⁸⁸

Auch gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten, die ihre Anwartschaft auf die EU bekunden, hält sich die technische, finanzielle und wirtschaftliche Hilfe der EU in bislang sehr bescheidenen Grenzen. Diese Länder sind auf ihrem Weg zur Marktwirtschaft um einige Illusionen ärmer geworden: daß es zu großzügigen Investitionen aus dem Westen kommen würde; daß es ihnen allen besser gehen würde; daß sie von den Assoziierungsabkommen mit der EU große Vorteile erzielen würden; daß die wachsende Arbeitslosigkeit, die massenhafte Deklassierung der Ju-

87 Siehe Matthias Brüggmann: In der GUS erlebt der gescholtene Rubel eine Renaissance. In: »Die Welt« vom 31. Oktober 1995. S. 16.

88 Jean François-Poncet: Wirtschaftsraum oder Weltmacht. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 17. September 1994. S. 8.

gend, der Frauen und der Alten aufgehalten würde. Diesen Ländern dürften auch die Gefahren nicht entgangen sein, die eine Osterweiterung der Europäischen Union in sich bergen könnte: eine Degradation zu einer freien Arena billiger Arbeitskräfte, des Preisdumpings, billiger Rohstoffe und eines rücksichtslosen Marktes; umfassende Strukturanpassungen in einem sehr langen Prozeß, verbunden mit gewaltigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie Haushaltsdefizit, Nettoverschuldung, chronisches Handelsbilanzdefizit, Erhöhung der Steuern und Sozialabgaben, Kürzung bzw. Stagnation der Sozialausgaben und andere negative soziale Auswirkungen, die sich aus dem Wettlauf mit den Maastrichter Konvergenzkriterien ergeben würden.

Den mittel- und osteuropäischen Staaten, die zur Mitgliedschaft in die EU drängen, dürften auch die Gefahren nicht entgangen sein, die in den unablässigen Versuchen mancher Mitgliedstaaten der EU stecken, diese Länder im voraus an die Atlantische Allianz zu binden und sie gegen Rußland und die anderen Nachfolgestaaten der UdSSR zu mißbrauchen.

8. *Für ein Europa links von »Maastricht«*

Der Europa-Gedanke, einst als Traum humanistischer und pazifistischer Idealisten in Gestalt der Vereinigten Staaten von Europa verfochten, lief höchste Gefahr, an den Grausamkeiten zweier, von Europäern initiierten, mörderischer Weltkriege zu zerbrechen. Doch der vom Widerstand der Völker mitgetragene Sieg über die Kräfte des Dunkels festigte den Friedenswillen sowie das Zusammengehörigkeitsgefühl der Völker Europas, gab dem Europa-Gedanken neuen Nährboden und stärkte die Hoffnung auf den Aufbau eines neuen Europas, in dem sich jedes Volk souverän entfalten sowie Beziehungen des solidarischen Zusammenhalts mit den europäischen Nachbarn und den anderen Völkern der Welt entwickeln könnte. Denn nur so kann Europa seinen historisch vorwärtsweisenden Tugenden als Wiege humanistischer philosophischer, politischer und künstlerischer Ideen sowie als Hort der sozialen und industriellen Revolution neue Geltung verschaffen und dem unrühmlichen Ruf als Herd von Krieg, Rassismus, Herrschaft und Kolonialismus entschieden entgegenwirken. Eine produktiv-demokratisch gestaltete Interdependenz der europäischen Gesellschaften kann auch wachsende Potenzen ihrer Entwicklung in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur freisetzen und ihnen eine

Schlüsselstellung bei der Bewältigung der Aufgaben des ökologischen Umbaus und der sozialen und kulturellen Erneuerung in der Welt sichern.

Die Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaft wählten die wirtschaftliche Integration des Kontinents als wichtigstes Mittel, um das große Ziel zu erreichen: das Gespenst des Krieges zwischen den Völkern Europas ein für allemal zu bannen. Doch der Krieg tobt heute in Europa grausam und blutig, und die Mittel zur Europäischen Einigung bedrohen die in sie gehegten Hoffnungen.

Der Versuch, Europa zu bauen oder es durch einen harten deutsch-französischen Kern um eine rasche Währungsunion herum zu vollenden, läuft Gefahr, daß man das Gegenteil erreicht. Mahnende Stimmen der Vernunft werden laut, daß »Maastricht« »die europäische Einigung nicht fördert, sondern gefährdet«⁸⁹. Manchen »Maastricht«-Kritikern geht es nicht um einzelne Bestimmungen des Vertrages, sondern um die Rückkehr zur historischen Normalität in Europa, zu den in Staaten verfaßten Nationen als politischen Fixstern. Die europäischen Staaten sollen sich vereinigen, nicht aber verschmelzen, nicht uniformieren. Aber gleichzeitig gibt es auch große Probleme, für die man Lösungen eben nicht mehr im nationalen, sondern nur noch im europäischen, ja im weltweiten Rahmen finden kann. Denkt man nur an die ökologischen Herausforderungen. Europäische Politik würde dann wieder zur – möglichst gedeihlichen – Zusammenarbeit der Regierungen, ihr Unterbau wäre eine gesamteuropäische Zone des Freihandels. Nach dieser Lesart stellt »Maastricht« eine nicht verbesserungsfähige Fehlkonstruktion dar.

Das sind keine Hirngespinnste etwa von Europegegnern, sondern von Realitätssinn getragene Kritiken von zwar entschiedenen »Maastricht«-, aber keinesfalls Europegegnern, denen die Europäische Idee, die demokratischen europäischen Traditionen, der Traum eines neuen, vereinigten Europas vertraut und teuer sind.

Europa darf nicht der Geldunion geopfert werden

Bedenken, Sorgen und Kritiken um »Maastricht« werden selbst von unterschiedenen »Maastricht«-Verfechtern laut artikuliert. Der Ex-Außenmini-

89 Günter Nonnenmacher: Beginn einer Debatte. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 8. September 1994. S. 1.

ster der BRD Hans-Dietrich Genscher warnt, daß aus einem »Kerneuropa« rasch »die Kernspaltung der Europäischen Union werden«⁹⁰ könnte. Der Präsident Frankreichs Jacques Chirac meint: »Es muß eingestanden werden, daß es [»Maastricht« – S. L.] zu einem großen Teil den historischen Ereignissen, die in Europa stattgefunden haben, nicht gerecht wird [...] Schlimmer noch ist, daß dieser Vertrag die Kluft, die jedem seit langem bewußt ist, zwischen dem technokratischen Europa und dem der Völker nur noch mehr vergrößert hat.«⁹¹ Wolfgang Schäuble gesteht: »Doch die Widerstände der Bevölkerung gegen den immer engeren Zusammenschluß wachsen [...] Auch ist es der Europäischen Union in der Vergangenheit nicht immer gelungen, die Herzen der Menschen zu erobern. Vorbehalte, auch Vorurteile gegenüber der Europäischen Kommission sind groß, und manchmal hat Brüssel selbst zu diesem Bild durch die übertriebene Regelungswut übereifriger Bürokraten beigetragen.«⁹² Der schon zitierte französische Europa-Spezialist Jean François-Poncet stellt fest: »Allerdings hat dieser Vertrag [»Maastricht« – S. L.] die Institutionen der Union nicht an die Entwicklungsschübe angepaßt, die sich schon am Horizont abzeichnen – das ist sein hauptsächlichster Fehler.«⁹³

Der bekannte britische Europäer Timothy G. Ash fordert offen eine Alternative, »damit das gesamte »Unternehmen Europa« am Ende des 20. Jahrhunderts nicht Gefahr läuft, mit diesem haarsträubenden Abenteuer von Vereinigung durch Geld, diesem »Europa als Wille und Vorstellung«, unterzugehen«⁹⁴.

Stattdessen sind die Eurostrategen im Vorfeld der Regierungskonferenz 1996 dabei, Kleinkram, Flickwerk und kosmetische Korrekturen anzustreben und damit die Chance einer vielleicht noch echten Reformation des Vertrages über die Europäische Union kläglich zu verspielen.

In den drei Jahren nach dem Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union haben sich so viele, mit Explosivität geladene Gegensätze, soziale und wirtschaftliche Mißstände der Maastrichter Konstruktion

90 Zitiert nach Sylvia-Yvonne Kaufmann: Bonn will Fahrplan für »Kerneuropa« bestimmen. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 7. September 1995. S. 7.

91 Jacques Chirac: Rede des französischen Präsidentschaftskandidaten am 16. März 1995 in Paris. In: Internationale Politik. Bonn (1995)9. S. 80.

92 Wolfgang Schäuble: Rede vor dem Schweizerischen Institut für Auslandsforschung, am 11. Juli 1995. In: Internationale Politik. Bonn (1995)9. S. 126–127.

93 Jean François-Poncet: Wirtschaftsraum oder Weltmacht. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 17. September 1994. S. 8.

94 Timothy Garton Ash: Europadenken. In: Internationale Politik. Bonn (1995)9. S. 11.

angestaut, die eine Revision, die im Sinne und in der Kontinuität des Vertrages stehen würde, unmöglich erscheinen lassen: *Erstens* ist »Maastricht« der Versuch, zwei konkurrierende Europa-Vorstellungen miteinander koexistieren zu lassen, das Prinzip der Zusammenarbeit zwischen Regierungen souveräner Staaten auf der einen, das Prinzip der Supranationalität auf der anderen Seite.⁹⁵ Mit diesem Sowohl-als-auch haben sich die zwölf EU-Staaten eine Atempause bis zur Regierungskonferenz 1996 verschafft. Das Aufeinanderprallen beider gegensätzlicher Europa-Vorstellungen auf der Regierungskonferenz 1996, und zwar mit viel größerer Wucht als im Vorfeld von »Maastricht«, ist vorprogrammiert. Auch die Akteure sind bekannt. Denn hinter dem Prinzip der Zusammenarbeit im Rahmen der staatlichen Souveränität steht Frankreich, einer der beiden Motoren der EU. Hinter dem Prinzip der Supranationalität der andere Motor, Deutschland.

Zweitens will Großbritannien, entschlossen wie eh und je, eine föderale Entwicklung Europas verhindern. Dazu kommt noch der Widerstand der nationalistischen Kräfte, die anderswo erwacht sind und den Reformeifer der Technokraten und Regierenden dämpfen. *Drittens* wird die Gefahr einer Erosion der Europäischen Union um so akuter, je näher die Regierungskonferenz 1996 rückt. Laut Artikel 109j des Vertrages über die Europäische Union sollen EU-Staats- und Regierungschefs spätestens 1997 befinden, ob eine Mehrheit der Mitgliedstaaten die Kriterien für eine gemeinsame Währung erfüllt. Das Zustandekommen einer solchen Mehrheit ist Ende 1995 unwahrscheinlicher denn je. Unumstritten ist es, daß in den beiden letzten Jahren einige Länder Fortschritte bei der Erfüllung dieser Kriterien erzielt haben. Die Europäische Kommission stellte jedoch in ihrem »Grünbuch« in Vorbereitung auf die Regierungskonferenz fest: »Nicht alle Mitgliedstaaten werden innerhalb des verfügbaren Zeitraumes ausreichende Konvergenzkriterien erzielen.«⁹⁶ Ende 1995 ist es allein Luxemburg, das diese Konvergenzkriterien erfüllt. Würden Frankreich oder Deutschland 1997 die Konvergenzkriterien nicht erfüllen können – für das erstere wird die Wahrscheinlichkeit nach den gewaltigen Streikaktionen der Gewerkschaften vom November/Dezember 1995 gegen den So-

95 Siehe Michael Mertes/Norbert J. Prill: Es wächst zusammen, was zusammengehören will. »Maastricht Zwei« muß die Europäische Union flexibel machen. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 9. Dezember 1994. S. 11.

96 Grünbuch über die praktischen Folgen des Übergangs zur einheitlichen Währung. Hrsg. von der Europäischen Kommission. Brüssel Mai 1995. S. 2 (Vorwort).

zialabbau immer akuter – kann es keine Währungsunion geben. »Kerneuropa ist ohne klare Entscheidungen dieser Partner [Deutschland und Frankreich – S. L.] nicht zu schaffen – das größere Europa nicht wohl minder«⁹⁷, heißt es bei Joseph Janning dazu.

Viertens würden EWG-Gründerländer wie Italien und Belgien – die keinesfalls alle Konvergenzkriterien bis Ende des Jahrhunderts erfüllen werden – sowie andere beitrittswillige Länder wie Spanien, Portugal, Griechenland außen vor bleiben und auf spätere Zeiten vertröstet werden. Diese und andere Mitgliedstaaten der EU dürften dann, nach der Vorstellung des Europäischen Parlaments, die Europäische Union verlassen dürfen. In einer EntschlieÙung des Europäischen Parlaments heißt es dazu: »Sollte es sich anläÙlich der Konferenz 1996 auch bei Positionen, die weitgehend von der Mehrzahl der Staaten und Bevölkerungen der EU geteilt werden, als unmöglich erweisen, auf Grund der nicht erreichten Einstimmigkeit zu einem positiven Abschluß zu gelangen, sollte die Möglichkeit geprüft werden, ohne die Minderheit vorzugehen und dabei auch Instrumente vorzusehen, die es einem Mitgliedstaat gestatten würden, unter Erhaltung bestimmter Kriterien aus der EU auszutreten.«⁹⁸

Fünftens machen sich in Anbetracht der entstandenem bedrohlichen Sachlage um die Wirtschafts- und Währungsunion allgemeine Gereiztheit und Unsicherheit bei den Anhängern der Maastrichter Konstruktion breit: Man wolle keine Währungsunion um jeden Preis. Termine dürften keine Priorität gegenüber der Wahrung der Beitrittskriterien haben⁹⁹; der Maastricht-Vertrag biete zu wenig Sicherheit für eine dauerhafte stabilitätsorientierte Finanzpolitik in der dritten Stufe der Währungsunion und müsse deshalb durch einen Stabilitätspakt ergänzt werden; die Europäische Union befinde sich seit »Maastricht« in einer Schiefelage wegen einer Asymmetrie von Währungsunion einerseits und Politischer Union andererseits. Die Währungsunion sei ohne die Politische Union nicht funktions- und lebensfähig. Es dürfte auf Dauer keine heterogenen Mitgliedschaften in den Bündnissen geben. Man strebe deshalb, so Wolfgang Schäuble, »eine

97 Joseph Janning: Kerneuropa als Wille und Vorstellung. In: Internationale Politik (1995)9. S. 63.

98 EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zur Funktionsweise des Vertrages über die Europäische Union im Hinblick auf die Regierungskonferenz 1996, verabschiedet am 17. Mai 1995 in StraÙburg. In: Internationale Politik (1995)9. S. 96 (Dokumente).

99 Siehe Wolfgang Schäuble: Rede vor dem Schweizerischen Institut für Auslandsforschung, am 11. Juli 1995. In: Internationale Politik (1995)9. S. 127.

Kongruenz der Mitgliedschaften in EU und NATO an. An der dahinterstehenden Logik, die Parallelisierung der Erweiterung von Europäischer Union und Atlantischer Allianz, darf nicht gerüttelt werden.«¹⁰⁰

Das Ziel ist eindeutig: Durch die gezielte Kongruenz der Mitgliedschaften in EU und NATO soll der Weg für die Militarisierung der Europäischen Union geebnet und die Westeuropäische Union (WEU) in die EU integriert werden. Auf gut Deutsch heißt das, die Europäische Union soll zur Militärmacht entwickelt werden. Unter den atlantisch eingestellten kleineren EU-Staaten ist Skepsis unüberhörbar. Ob Frankreich und Großbritannien, die beiden wichtigsten Militärmächte der EU, mit ihren Traditionen brechen und mitmachen werden, ist zweifelhaft, aber offen. Auch die Parlamentarische Versammlung der WEU hat sich am 20. Juni 1995 gegen eine angestrebte weitgehende Integration der WEU als europäischer Pfeiler der NATO in die Europäische Union ausgesprochen.

Das konservative Europa hat es eilig, bis Ende des Jahrhunderts die »Kerneuropa«-Neuordnung herbeizuführen. Es nutzt dabei ausgiebig die Gunst der Stunde, da die Sowjetunion zerfallen und die europäische Linke, abgesehen von wenigen Ausnahmen, so schwach, so uneinig, so unschlüssig und so unfähig wie nie zuvor ist und mehr mit sich selbst als mit den Geschicken des Kontinents befaßt ist.

Die Verantwortung der Linken für ein neues Europa

Für den Aufbau eines soliden, demokratischen und ökologischen Europas, eines Europas der Völker, tragen linke Kräfte, Gewerkschaften, Grüne besondere Verantwortung. Dieses Europa erfordert, die große Zersplitterung der Kräfte zu überwinden, Kontakte, Überlegungen, Aktionen und Projekte. Die Idee der Europäischen Einigung ist in ihrem Ursprung und in ihrer historischen Bestimmung unzertrennlicher Bestandteil fortschrittlicher Traditionen und Ideale der europäischen Linken. Ihre Programmatik enthält alternative Ansätze für ein demokratisches Europa der Völker. Eine Besinnung auf diese Werte tut in Deutschland und anderswo in Europa not. Ein Ruck muß her. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist dieser prioritärer als die Suche nach dem oder jenem Alternativansatz. Das Europabewußtsein der Linken ist nicht auf der Höhe der Zeit. Es muß aktiviert werden, bevor es zu spät ist.

100 Ebenda. S. 128.

Um so erfreulicher sind die Wortmeldungen der europäischen Linken im Vorfeld der Regierungskonferenz 1996¹⁰¹ sowie die Anbahnung gemeinsamer Diskussionen, die Vorbereitung gemeinsamer Aktivitäten, die Suche nach geeignetem Alternativpotential, um Europa den europäischen Völkern zu bewahren, Europas weitere Zerstückelung nicht zuzulassen, seine Einigung in demokratische Bahnen zu lenken, seine zivilisatorisch kulturelle Mission nicht dem Geld und nicht dem Profit zu opfern.

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Linken sollten gemeinsame linke Standpunkte nicht ausschließen

Über die künftige Entwicklung Europas und der Europäischen Union gibt es unter den europäischen Linksparteien große Meinungsunterschiede. Dies schließt jedoch keinesfalls die Möglichkeit aus, in einigen grundlegenden Fragen gemeinsame Standpunkte herauszuarbeiten. So setzt sich die Linkspartei Schwedens dafür ein, »daß die Mitgliedstaaten das Projekt der Wirtschafts- und Währungsunion aufgeben«, denn der »neoliberale Europäische Binnenmarkt und die vom Maastrichter Vertrag vorgezeichnete Europäische Währungsunion wirken teilend, ausgrenzend und selektierend«¹⁰². Für die Sozialistische Volkspartei (SVP) Dänemarks wur-

101 Siehe hierzu u. a. Manifest für eine neue Europäische Union von der Gruppierung REFONDATIONS, beschlossen am 12. Februar 1994 von der Coordination nationale der Refondations, Paris [Übersetzung von Joachim Wilke]. – Pour une Autre Union Européenne. In: Refondations. Paris (1994)15 (Beilage [Übersetzung von Joachim Wilke]). – Aus der Erklärung des PDS-Parteivorstandes zur Regierungskonferenz zur Revision des Vertrages um die Europäische Union. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 13. Dezember 1995. S. 8. – PDS-International. Informationsschrift der AG Friedens- und Internationale Politik. Berlin Oktober 1995. – Standpunkte und Materialien aus der europäischen Linken zur Maastrichter Revisionskonferenz 1996 (im folgenden: Standpunkte); Diskussionsangebote aus der AG »Europäische Union« zur Revisionskonferenz Maastricht II 1996. Berlin 1995 (im folgenden: Diskussionsangebote) (PDS-International. Informationsschrift der AG Friedens- und Internationale Politik. Extra. Zur europapolitischen Konferenz der PDS-Bundestagsgruppe »Europa und die Linken – Traum und Wirklichkeit«. Berlin 17.–19. November 1995). – Philippe Herzog: Europa nach Maastricht. In: L'Europe par de là le oui et le non. Paris, Syros 1993. S. 174ff. [Übersetzung von Joachim Wilke]. – Notabene. Lettre d'Information de l'Observatoire social européen. Paris (1995)85–90. – Jörg Staude/Joachim Reinert: Ein alternativer Dialog auf der ersten europapolitischen Konferenz der PDS. Gibt es für die Linke ein Abenteuer Europa. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 20. November 1995. S. 3.

102 Lars Ohly (Sekretär der Linkspartei Schwedens): Rede auf dem Forum der Neuen Euro-

de der Übergang zur Wirtschafts- und Währungsunion »nach einer liberalen monetaristischen Philosophie vollzogen. Das ist einer der Hauptgründe dafür, weshalb die SVP jetzt und in der Zukunft jegliche Beteiligung an diesem Projekt ablehnt.«¹⁰³ Die Portugiesische Kommunistische Partei geht ihrerseits von der »grundsätzlichen Gegnerschaft der Partei gegen den Vertrag von Maastricht«¹⁰⁴ aus. In den Thesen der Kommunistischen Partei Österreichs zur Europapolitik heißt es: »Die KPÖ ist eine internationalistische Partei. Sie wendet sich keineswegs gegen die objektiven Prozesse von Internationalisierung und Integration. In der heutigen EU erkennt sie aber einen Integrationstyp, der von den Verwertungsinteressen des Groß- und Finanzkapitals ausgeht und dessen Folgen – Vertiefung der sozialen Spaltung Europas, Militarisierung, Massenarbeitslosigkeit und ökologische Verwüstungen – heute schon beurteilbar sind. Diesen Typ von Integration lehnen wir ab und stellen ihm Alternativen für ein demokratisches, soziales, friedliches und ökologisches Europa gegenüber.«¹⁰⁵ Der Linksbund (Finnland) »strebt nach einer Union mit mehr Demokratie, mehr sozialer Gleichheit und größerer Umweltverträglichkeit. Deshalb wird sie [die Partei – S. L.] auch nach Finnlands Beitritt an ihrer kritischen Position festhalten.«¹⁰⁶

Die Diskussionsangebote der Arbeitsgruppe »Europäische Union« der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zur Revisionskonferenz Maastricht II '96 enthalten in ihrem Teilabschnitt »Vorschläge für Positionen der PDS« u. a. folgende Prämisse: »Die PDS sollte in die öffentliche Diskussion aktiv eingreifen und dabei von ihrer Position im Europa-Wahlprogramm ausgehen, d. h.

päischen Linken am 1. Juli 1995 in Stockholm. In: PDS-International. Informationsschrift der AG Friedens- und Internationale Politik. Berlin Oktober 1995. S. 4. – Vom Forum [der Europäischen Linken] bestätigter Vorschlag der Linkspartei (Schweden), der Sozialistischen Linkspartei (Norwegen) und von Groen Links (Niederlande). In: Ebenda. S. 12/13

103 Vorschläge der Sozialistischen Volkspartei (Dänemarks) für die EU-Regierungskonferenz 1996. In: Standpunkte. S. 14.

104 Position der Portugiesischen Kommunistischen Partei zur Regierungskonferenz von 1996 für die Überprüfung des Vertrages über die Europäische Union. Beschluß des ZK der PKP vom 15. Juni 1995. In: Ebenda. S. [28].

105 Argument. Informationen für Mitglieder und SympathisantInnen. Nr. 4 vom 22. Februar 1995. S. 1.

106 Der Linksbund (Finnland) zur Europäischen Union. In: Standpunkte. S. [55].

- Europa ja, Maastricht so nicht, bleibt weiter so gültig. 18 Monate nach Maastricht zeigt sich die Richtigkeit der Kritik am Vertrag.
- Eine echte Revision des Maastrichter Vertrages muß daher die grundlegenden Defizite beheben: Das Fehlen der Sozialunion und der demokratischen Mitbestimmung auf allen Ebenen. Die Revision darf nicht auf institutionelle Fragen beschränkt bleiben und die Schaffung von Euroarmee und Europol vorantreiben.
- Die PDS wendet sich nicht grundsätzlich gegen eine gemeinsame europäische Währung, da die Integrationsprozesse der Internationalisierung der Wirtschaft entsprechen und sie für die Abwehr der Dollardominanz und für die Verteidigung sozialer und demokratischer Positionen in Europa von Nutzen sein kann. Die PDS wird aber gegen das Währungskonzept von Maastricht weiter Widerstand leisten.«¹⁰⁷

Viele sozialistische und sozialdemokratische Parteien Europas, die in den EU-Ländern mitregieren oder in der Opposition stehen, bejahen die gegenwärtige EU-Konstruktion und setzen sich für ihre Revision aus Anlaß der bevorstehenden Regierungskonferenz 1996 ein. Dazu gehören u. a. die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Sozialisten und Sozialdemokraten Italiens, Spaniens, Österreichs, Belgiens usw.

Was die regierenden sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien der mittel- und osteuropäischen Staaten anbelangt, so streben sie eine möglichst schnelle Mitgliedschaft in der Europäischen Union an. Sie stehen sogar in einem gewissen Konkurrenzkampf miteinander um die frühestmögliche Aufnahme in die EU. Das ist auch ein wesentlicher Grund dafür, daß es zumindest zwischen den Visegrad-Staaten bisher keine Absprachen für ein gemeinsames Vorgehen gibt und damit ein wesentlicher Bestandteil des Visegrad-Konzeptes unwirksam bleibt.

Die Kernpunkte der Konzeption der regierenden Sozialdemokratischen Partei Polens konzentrieren sich einerseits auf die Gewährleistung der nationalen Sicherheit und der Souveränität Polens und andererseits auf die volle Einbeziehung der Republik Polen in die westeuropäischen Integrationssysteme. In beiden Fragen wird die volle und uneingeschränkte Mitgliedschaft in der Europäischen Union und in der NATO als strategisches Ziel der Außenpolitik des Landes definiert.

Geht man von dem vorliegenden Programm der regierenden Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) aus dem Vorjahr aus, so wird darin

107 Diskussionsangebote der Arbeitsgruppe EU zur Revisionskonferenz Maastricht II '96. In: Diskussionsangebote. S. 3.

der Wille zum Ausdruck gebracht, zur ökonomischen, politischen und kulturellen Integration Bulgariens in die europäischen Strukturen beizutragen.

Unter allen im Ungarischen Parlament vertretenen Parteien, darunter auch die regierende Sozialistische Partei, gab und gibt es einen allgemeinen Konsens über den Beitritt des Landes zur EU, ebenso zur NATO. Nur die Arbeiterpartei, die bisher nicht im Parlament vertreten ist, lehnt einen NATO-Beitritt ab.

Anders artikuliert sich die PDS zu diesem Themenkreis: »Die PDS, die für eine Sozial- und Umweltunion in der EU kämpft, als Antikriegspartei die Militarisierung der EU strikt ablehnt und für die Abschaffung von NATO und WEU eintritt, nimmt daher eine differenzierte Haltung zur Erweiterungspolitik der EU nach Osten, so wie sie gegenwärtig konzipiert und realisiert wird, ein [...] Insgesamt sind die Beitrittsbedingungen gleichbedeutend mit der Forderung der EU an die MOE-Länder [Mittel- und Osteuropäische Länder – S. L.], sich dem gesellschaftlichen Entwicklungsweg in Westeuropa *anzupassen*, sich in diesen *einzugliedern* und ihn *nachzuvollziehen*. Die PDS lehnt ein solches einseitiges Beitrittsdiktat ab. Sie setzt sich für eine Korrektur der Beitrittsbedingungen ein, die der Spezifik der Situation in Mittel- und Osteuropa besser gerecht wird. Dazu gehören sowohl die Berücksichtigung historischer Traditionen als auch der Besonderheiten der postsozialistischen Entwicklung, die wesentlich den Charakter, die Formen und den Verlauf der Transformationsprozesse prägen.«¹⁰⁸

Ansätze linker alternativer Europavorstellungen

Trotz gravierender Positionsunterschiede zur Europäischen Union, zur Osterweiterung, zur Maastrichter Konstruktion und zur NATO ist die europäische Linke auf der Suche nach einem *neuen*, einem *anderen* Europa, dessen wesentliche Züge wir am Schluß dieser Studie unseren Lesern vermitteln möchten. Wir verbinden dies mit der Unterbreitung einiger uns wichtig erscheinender Ansätze linker alternativer Europavorstellungen, die, (zwar noch lückenhaft und bedingt verallgemeinerungsfähig) uns dennoch auskunftskräftig und bedenkenswert erscheinen. Das *neue* Europa sollte:

108 AG Friedens- und Internationale Politik/ AG EU: Zur Osterweiterung der Europäischen Union. Eine Positionsbestimmung der PDS. In: Ebenda.

- Ein Europa der Arbeit, des Friedens, der Sicherheit und der Demokratie in jedem Land und zwischen den Ländern werden.
- Ein offenes, gleiches, sozial eingestelltes, antirassistisches und entwickeltes Europa werden, das sich als gleichberechtigter Teil der Welt identifiziert.
- Ein Europa von weniger Konkurrenz, von weniger Herrschaft, von weniger Machtzentralisation werden.
- Ein Europa, das lernen muß, das Geld anders auszugeben, weniger für die Finanzwelt, mehr für das Soziale, für die Ökologie, für die wirtschaftliche Kohäsion der Länder, für die armen Regionen der EU.
- Ein Europa der Kooperation statt eines Europa mit festem Kern als Domäne von Mächtigen und Arena von ökonomischen Kriegen.
- Ein Europa der kollektiven Sicherheit, das auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit basiert und die Militarisierung sowie die Osterweiterung der NATO radikal ausschließt. Dafür stünde die Struktur der OSZE zur Verfügung, die ausbaufähig für die europäische Sicherheit ist.
- Parallel zur Europäischen Union ein Forum aller Nationen Europas (einschließlich Rußlands) schaffen, um über alle anstehenden Probleme zur Sicherung des Friedens zu verhandeln, mit regionalem Status der Vereinten Nationen, statt eines Kartells der Regierungs- und Staatschefs der Europäischen Union.
- Ein Europa, in dem die Internationalisierung nicht zum Abbau der Demokratie, sondern zur Dezentralisierung der Macht beiträgt, in dem die Länder und Regionen, die Kommunen und die Menschen an europäischen Entscheidungen mitwirken im Rahmen der nationalen Debatte, in Referenden auf nationaler und Europaebene sowie in großen Initiativen der europäischen Solidarität gegen die Logik des Wirtschaftsliberalismus.
- Ein Europa, in dem sich die Völker annähern, ohne sich aufzulösen, in dem jedes Volk sein Bestes, sein Schöpferum, seine Traditionen, seine Kultur, seine Identität einbringt.
- Ein Europa, in dem die Völker lernen, *gemeinsam* zu leben und *gemeinsam* zu arbeiten auf nationaler, gesamteuropäischer sowie weltweiter Ebene im Rahmen einer echten sozialen, ökonomischen und ökologischen Konvergenz.
- Die Linke hätte nichts gegen eine Einheitswährung in Europa einzuwenden, würde sie die sozialen, ökonomischen und ökologischen Standards der europäischen Länder einander näher bringen im Sinne

ihrer Konvergenz, ihrer Kohäsion und nicht nach dem Maastrichter Muster im Sinne ihrer wachsenden Divergenz und der sozialen Differenzierungen in der EU.

- Die Linke hätte prinzipielle Einwände gegen eine europäische Einheitswährung, die der Finanzpolitik der Mächtigen dient und als Begründung für eine Politik der sozialen Austerität in allen europäischen Ländern mißbraucht wird.
- Die Linke tritt für eine Umkehrung der Prioritäten ein, die bislang in der Konstruktion von Maastricht gesetzt sind: Einheitswährung, wirtschaftliche Kohäsion, ein wenig politische Demokratie und noch geringerer sozialer Inhalt und dies auf der Ebene der Zwölf (seit 1995 der Fünfzehn), die kollektiv als Großmacht nach dem Muster der USA und Japan fungieren wollen. Das Europa, das die Linke anstrebt, soll dagegen die *veränderte Prioritätenfolge* aufweisen, d. h. zuerst soziale Konvergenz der Mitgliedstaaten, echte politische Demokratie, wirtschaftliche Annäherung der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und erst dann, als *Schlußpunkt*, die europäische Einheitswährung, und zwar auf ganz Europa (Nord, Süd, Ost, Mittel, West) ausgedehnt, und damit zu neuen Kooperationsverhältnissen im Weltmaßstab beitragen. In diesem Sinne würde eine einheitliche europäische Währung gut geeignet sein, industrielle Kooperationen, Dienstleistungen, Infrastrukturen *gemeinsam* zu finanzieren, die entwicklungs- und beschäftigungsfördernd wirken würden.
- Die Linke tritt gegen eine Einheitswährung ein, die als Quelle von Deregulierung, von Spannungen und von Konflikten zwischen den europäischen Staaten dienen könnte. Sie tritt gegen eine neue europäische Geldmauer ein, die den Kontinent in neue Einflußsphären teilen würde mit dem Ziel, diese zu beherrschen. Denn es ist müßig, die Einheitswährung von der politischen Klasse trennen zu wollen, die heute in Deutschland, Frankreich und anderswo in der EU die Macht ausübt.
- Den Linken sind nationalistische Vorbehalte gegen eine Währungsunion *fremd*, wenn diese Währungsunion unter günstigen Bedingungen für die Menschen nützlich werden könnte. Die negativen Erfahrungen Ostdeutschlands mahnen hier allerdings zu Vorsicht.
- Für die Linke darf Europa nicht *eng* definiert werden. Man muß sich gegen die Tendenz wehren, Europa auf das Gebiet der Westeuropäischen Union zu reduzieren. Es steht außer Zweifel, daß die Völker und Nationen des Westens, Nordens, Ostens und Südens Europas

einander näherkommen müssen. Deshalb muß Europa *allen seinen Völkern* vom Atlantik bis zur Ostsee und zum Schwarzen Meer das Recht zuerkennen, am Aufbau Europas teilzuhaben, sofern sie es wünschen. Das heißt aber nicht, daß alle diese Länder *gleich* und zur gleichen Zeit Mitglieder der Europäischen Union werden müssen. Europa darf nicht Synonym des Eurozentrismus werden. Es muß neue Beziehungen der Kooperation zum Süden, zu Afrika, zu Lateinamerika, China sowie Japan und den USA pflegen. Was Ost- und Mitteleuropa anbelangt, so müssen Konzepte für ihre Einbindung in Europa entwickelt werden. Die Linke darf sich hier nicht national ausgrenzen und Europa, die heutige Europäische Konstruktion und deren Zukunft, den Rechten überlassen.

Ob die Linke es schafft, sei dahingestellt. Darum zu kämpfen, ist ihre Verpflichtung. Und zwar in den einzelnen Ländern und zusammen in Europa für gemeinsame Projekte auf allen Gebieten, wo es Konsens und Einigkeit gibt.

9. Auswahlbibliographie

- Apel, Hans: Der kranke Koloß. Europa-Reform oder Krise. Berlin 1994.
- Arnold, Hans: Europa am Ende? Die Auflösung von EG und Nato. München 1993.
- Bericht der Kommission an die Reflexionsgruppe. Regierungskonferenz 1996. [Hrsg. von der Europäischen Kommission.] Brüssel 1995.
- Der Binnenmarkt [Hrsg. von der Europäischen Kommission.] Luxemburg 1995.
- Brague, Rémi: Europa. Eine exzentrische Identität. Frankfurt am Main, New York 1993.
- Britton, Leon: Europe (The Europe We Need). London 1994.
- Brunner, Manfred (Hrsg.): Kartenhaus Europa? Abkehr vom Zentralismus – Neuanfang durch Vielfalt. München 1994.
- Dahrendorf, Ralf/François Furet/Bronislaw Geremek: Wohin steuert Europa? Frankfurt am Main, New York 1993.
- Devandre, Nicole/Jacques Lenoble : Projekt Europa. Berlin 1994.
- Die Erweiterung der Europäischen Union. [Hrsg. von der Europäischen Kommission.] Luxemburg 1995.
- Der Europäische Binnenmarkt. [Hrsg. von der Europäischen Kommission.] Luxemburg 1995.
- Die Europäische Einigung. [Hrsg. von der Europäischen Kommission.] Luxemburg 1995.
- Die Europäische Union und der Welthandel. [Hrsg. von der Europäischen Kommission.] Luxemburg 1995.
- Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Wiesbaden 1992.
- Grünbuch über die praktischen Fragen des Übergangs zur einheitlichen Währung. [Hrsg. von der Europäischen Kommission.] Brüssel 1995.
- Hamilton, Daniel S./Beyond Bonn: America and the Berlin Republic. Washington 1994.

- Huber, Peter M.: Maastricht – ein Staatsstreich? Stuttgart 1993 (Jenaer Schriften zum Recht. Bd. 1).
- Jochimsen, Reimut: Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Köln 1994.
- Kinsky, Ferdinand Graf: Föderalismus. Ein gesamteuropäisches Modell. Bonn 1993.
- Kirchhof, Paul/Hermann Schäfer/Hans Tietmeyer: Europa als politische Idee und als rechtliche Form. Berlin 1993.
- Kolboom, Ingo/Ernst Weisenfeld: Frankreich in Europa. Bonn 1993.
- Lauser, Klaus Friedrich/Rüdiger Stoltwedel [u. a.]: Europäische Integration und nationale Wirtschaftspolitik. Tübingen 1993.
- Laschet, Armin/Peter Pappert: Ein Kontinent im Umbruch. Berlin, Frankfurt am Main 1993.
- Le Goff, Jacques: Das Alte Europa und die Welt der Moderne. München 1994.
- Le Rider, Jacques: Mitteleuropa. Auf den Spuren eines Begriffs. Wien 1994.
- Lissemann, Konrad Paul: Der Aufstieg des Abendlandes. Eine Rekonstruktion Europas. Wien 1994.
- Lübbe, Hermann: Abschied vom Superstaat. Vereinigte Staaten von Europa wird es nicht geben. Berlin 1994.
- Mermet, Gérard: Die Europäer. München 1993.
- Münch, Richard: Das Projekt Europa zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft. Frankfurt am Main 1993.
- Die Organe und Institutionen der Europäischen Union. [Hrsg. von der Europäischen Kommission.] Luxemburg 1995.
- Platzer, Hans-Wolfgang/Walter Ruhland: Welches Deutschland in welches Europa? Bonn 1994.
- Röttiger, Moritz/Claudia Weyringer (Hrsg.): Handbuch der Europäischen Integration – Struktur-Politik im EG-Binnenmarkt. Wien 1991.
- Schmierer, Joscha: Die neue Alte Welt oder wo Europas Mitte liegt. Klagenfurt 1993.
- Senghaas, Dieter: Friedensprojekt Europa. Frankfurt am Main 1992.
- Siebert, Horst (Hrsg.): Die zweifache Integration. Deutschland und Europa. Tübingen 1993.



Sarkis Latchinian, Prof. Dr. sc., geboren 1930 in Beirut (Libanon), stammt aus einer armenischen Familie, studierte Politische Ökonomie an der Karl-Marx-Hochschule für Ökonomie in Sofia. 1962 promovierte er an der Karl-Marx-Universität Leipzig mit einer Dissertationsschrift zum arabischen Erdöl. Seine Habilitation zum amerikanischen Kapital in Westeuropa erfolgte 1970, ebenfalls in Leipzig. 1962 zum Oberassistenten für Politische Ökonomie des Kapitalismus ernannt, 1972 zum Hochschuldozenten und 1975 zum ordentlichen Professor für Politische Ökonomie des Kapitalismus an der Karl-Marx-Universität berufen, leitete er von 1978 bis zu seiner Abwicklung 1990 den Wissenschaftsbereich Politische Ökonomie des Kapitalismus an der Alma mater lipsiensis.

Zu seinem Forschungs- und Lehrgebiet gehörten neben der Politischen Ökonomie des Kapitalismus Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas, der USA und Japans; die Ost–West- sowie Nord–Süd-Wirtschaftsbeziehungen; die Prozesse der ökonomischen Integration und der Internationalisierung; die Entwicklungsländer sowie wirtschaftliche Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Als Gastprofessor wirkte er an den Universitäten Leningrad, Kiew, Jerewan, Warschau, Sofia, Addis-Abeba, Paris, Lyon, Brügge, Leuven la Neuve und Konstanz. Er nahm teil an den Weltkongressen der Politologen in Paris (1985) und Washington (1988). Er ist seit 1982 Mitglied des Research Committee for European Unification (London).

Sarkis Latchinian ist Mitautor und -herausgeber zahlreicher Monographien: Karl Marx' »Das Kapital«. Erbe und Verpflichtung (Karl-Marx-Universität Leipzig 1967); Kapitalistische Ausbeutung heute (Verlag Die Wirtschaft Berlin 1977); Lehrbuch Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus (Dietz Verlag Berlin 1974); Mehrwert heute (Verlag Die Wirtschaft Berlin 1981); 70 Jahre Lenins Werk »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« (Karl-Marx-Universität Leipzig 1987); Nouvelles technologies et enjeux sociaux (Presses universitaires de Lyon 1986). Jüngste Arbeiten zur westeuropäischen Integration, zu Neuentwicklungen in der Weltwirtschaft, zur Karabachproblematik stellte er in Zeitungen, Zeitschriften und auf Foren zur Diskussionen.

Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V.

Mitteilungen

Heft 1. Leipzig 1991. 28 S. [Enthält: Gustav Seeber: Vorbemerkung. S. 3–5. – Juliane Krummsdorf/Volker Külow/Walter Markov/Helmut Seidel: Einladung zur Konstituierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 6–8. – Helmut Seidel: Prinzip Hoffnung am Ende? S. 9–15. – Satzung des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eingereicht beim Registriergericht am 3. Mai 1991. S. 16–24. – Erste Presseresonanz. S. 25–28.] – *Heft 2. Leipzig 1991. 35 S.* [Enthält: Helmut Meier: Geschichtsbewußtsein als Identitätsfaktor. Reflektionen über Ergebnisse zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in der DDR. S. 5 bis 17. – Jürgen Hofmann: Konfliktreiche Transformation zum Bundesbürger. Bemerkungen zu Ergebnissen soziologischer Erhebungen in ostdeutschen Ländern. S. 18–27. – Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchungen der Projektgruppe Identitätswandel, Berlin. S. 28–32. – Informationen des Vorstandes. S. 33–35.] – *Heft 3. Leipzig 1991. 33 S.* [Enthält: Kurt Pätzold: Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick. S. 3–16. – Werner Bramke: Carl Goerdelers Weg in den Widerstand. S. 17–30. – Informationen des Vorstandes. S. 31–33.] – *Heft 4. Leipzig 1991. 34 S.* [Enthält: Frank Schumann: Der wilde Osten oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald lauter klirren als etwa die in Neumünster. S. 3–10. – Manfred Behrend: Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus im Anschlußgebiet. S. 11–19. – Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. S. 20–31. – Informationen des Vorstandes. S. 32–34.] – *Heft 5. Leipzig 1991. 45 S.* [Enthält: Karl Bönninger: Landesverfassungen für die ostdeutschen Bundesländer. S. 5–16. – Karl-Heinz Schöneburg: Verfassungsfortschritt in »Teutschland«? S. 17–35. – Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg – jetzt erst recht! Bericht über das Internationale Rosa-Luxemburg-Symposium vom 2. bis 4. November 1991 in Tokio. S. 36–44. – Informationen des Vorstandes. S. 45.] – *Heft 6. Leipzig 1992. 47 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 3. – Wolfgang Schröder: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872–1881. Ein Lehrstück in sechs Akten. S. 5–46.] – *Heft 7. Leipzig 1992. 54 S.* [Enthält: Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Zigeuner in Deutschland. S. 5–34. – Reimar Gilsenbach: Wer wußte was? Wer will nichts wissen? Wie die Deutschen ihre Verbrechen gegen Sinti und Roma, insbesondere den Völkermord von Auschwitz-Birkenau, aus ihrem Erinnern verdrängt haben. S. 35–50. – Reimar Gilsenbach: Meine Mühen zum Gedenken der Opfer des »Zigeunerlagers« in Berlin-Marzahn. S. 51–52.] – *Heft 8. Leipzig 1992. 24 S.* [Enthält: Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zur künftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. Festvortrag auf dem I. Stiftungsfest des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 28. März 1992.] – *Heft 9. Leipzig 1993. 52 S.* [Enthält:

Ausgaben des »Kommunistischen Manifest«. Eine Ausstellung zum 175. Geburtstag von Karl Marx. – Heinrich Gemkow: Zum Geleit. S. 5–9. – Verzeichnis der ausgestellten Ausgaben. S. 11–16. – Faksimiles. S. 17–35. – Helmut Seidel: Über den Umgang mit Karl Marx. Zu seinem 175. Geburtstag. S. 37–40. – Personalialia. S. 41–47. – Chronik September 1992 bis März 1993. S. 47–51.] – *Heft 10. Leipzig 1993. 58 S.* [Enthält: In memoriam Prof. Dr. sc. phil. Gustav Seeber 23. August 1933 – 16. Juni 1992. – Kondolenzschreiben des Rosa-Luxemburg-Vereins, 17. Juni 1992. S. 5. – Trauerrede von Prof. Dr. Wolfgang Küttler auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 7–11. – Trauerrede von Prof. em. Dr. Hans Jürgen Friederici auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 11–13. – In memoriam Prof. Dr. Gustav Seeber und Prof. Dr. Wilfried Adling (Außerordentliche Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins, 10. Oktober 1992). S. 13–14. – Heinz Wolter: Zwischen Bebel und Bismarck. Gustav Seeber verstorben. S. 15–16. – Gustav Seeber: Die historische Stellung der Reichsgründung und das nationale Selbstverständnis der Klassen und Schichten. S. 17–39. – Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Gustav Seeber. S. 41–55.] – *Heft 11. Leipzig 1993. 48 S.* [Enthält: Eva Müller: Die Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung.] – *Heft 12. Leipzig 1993. 82 S.* [Enthält: Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling. Leben und politisches Wirken.] – *Heft 13. Leipzig 1993. 54 S.* [Enthält: Streiflichter auf die Geschichte der DDR. – Eberhart Schulz: Vorwort. S. 5–6. – Rolf Badstübner: Die Entstehung der DDR in ihrer Historizität und Legitimität. S. 7–14. – Siegfried Prokop: Die führende Rolle der SED als Problem der DDR. S. 15–25. – Dieter Schulz: Der 17. Juni 1953 – Die DDR und das erste Aufbegehren gegen den Stalinismus im sowjetischen Herrschaftsbereich. S. 27–39. – Eberhart Schulz: Weitgespannte Entwürfe – großzügige Ansätze – repressive Maßnahmen. Zur Kulturpolitik der DDR. S. 41–48. – Rezension zu Siegfried Prokop: »Unternehmen ›Chinese Wall‹. Die DDR im Zwielicht der Mauer« (Eberhart Schulz). S. 49–50. – Personalialia. S. 51.] – *Heft 14. Leipzig 1993. 66 S.* [Enthält: »Der kühnen Bahn nun folgen wir...« Beiträge zum 130. Jahrestag der Gründung des ADAV. – Hans Jürgen Friederici: »Der kühnen Bahn nun folgen wir...« S. 5–14. – Hans Jürgen Friederici: »Der erste Lichtpunkt nach einer langen, trüben Zeit...« Vor 130 Jahren wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. S. 15–20. – Helmut Hirsch: Marxens Verhältnis zu Lassalle. S. 21–28. – Wolfgang Schröder: Zur Position des ADAV im Geschichtsbild. Mit einem Anhang: »Berliner Entwurf« für das Programm der zu vereinigenden Partei. S. 29–38. – Volker Külow: Anmerkungen zur Geschichte des Lassalle-Nachlasses. S. 41–43. – Henrike Dietze: »Lassalle im Leipziger Stadtparlament« – ein Trauerspiel in mehreren Akten. S. 45–50. – Ausgewählte Veröffentlichungen über den ADAV und Ferdinand Lassalle. S. 51–52. – Personalialia. S. 53–61.] – *Heft 15. Leipzig 1994. 83 S.* [Enthält: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. – Heinrich Gemkow: Grußwort. S. 5–7. – Rolf Dlubek: Marx als Politiker in den ersten Jahren der Internationalen Arbeiterassoziation. Zum Erscheinen von Band 1/20 der MEGA. S. 9–26. – Martin Hundt: Am Ursprung kommunistischer Parteipraxis. Über das Entstehen einer Monographie zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. S. 27–42. – Volker Külow: Ein Gedenkbuch und mehr. S. 43–60. – Heinrich Gemkow: Statt einer Schlußbemerkung. S. 61–62. – Personalialia. S. 63–70. – Chronik April bis Dezember 1993. S. 71–77.] – *Heft 16. Leipzig 1995. 55 S.* [Enthält: Walter Schmidt: Die Erbedebatte in der DDR-Historiographie – Versuch einer kritischen Bilanz. S. 5–42. – Chronik Januar bis Juni 1994. S. 46–50.]

Osteuropa in Tradition und Wandel

Heft 1. Leipzig 1994. 80 S. [Enthält: Zum Geleit. S. 5. – Wolfgang Geier: Wahrnehmungsschwierigkeiten. Über (West-) Deutsche Sichtweisen auf Umbrüche im Osten Deutschlands und Europas. S. 7–26. – Lutz-Dieter Behrendt: Nationale Konflikte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion. Ursachen und Wirkungen. S. 27–51. – Willi Beitz: Zur Debatte über Einheit oder Teilung der russischen Literatur unter vergleichend-typologischem Aspekt. S. 54–68.] – *Heft 2. Leipzig 1995. 88 S.* [Enthält: Zum Geleit. S. 5. – Erhard Crome: Vergleichende Osteuropaforschung. Einige methodische und theoretische Aspekte. S. 7–17. – Eckart Mehls: Zum Transformationsprozeß in Polen. Bemerkungen eines Historikers. S. 19–35. – Bernd Koenitz: »Wir sind ein kleines Volk«. Zu den Existenzbedingungen der tschechischen Nation und ihren Wirkungen. S. 37–53. – Dietmar Endler: Südslawische Literaturen im Spannungsfeld zwischen nationaler Identitätssuche und zwischennationalen Gemeinsamkeiten. S. 55–69. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 71–76.]

Rohrbacher Manuskripte

Heft 1. Leipzig 1995. 84 S. [Enthält: Vorwort. S. 5–7. – Rudolf Rochhausen: Ist unser Planet noch zu retten? S. 9–32. – Gerhard Poppei: Die globalen Dimensionen der Energie. S. 33–47. – Gerhard Gruhn: Alternative Energien. S. 49–58. – Reinhard Grienig: Globale Zivilisationskrise – gibt es einen Ausweg? S. 59–67. – Manfred Jödecke: Dialog als lokales Problem (menschlichen) Überlebens. S. 69–72. – Kurt Reiprich: Wissenschaft und Wert. S. 73–78.]

Texte zur Hochschulpolitik

Heft 1: 4. Alternativer Hochschultag (11. März 1995). Leipzig 1995. 124 S. [Enthält: Werner Bramke/Giesela Neuhaus: Vorwort. S. 5. – Torsten Bultmann: Zu den Thesen »Hochschule als gesellschaftliches Risiko« des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. S. 7–11. – Markus Gunkel: Die gesellschaftlichen Widersprüche bleiben ausgeblendet. S. 13–17. – Barbara Höll: Frauen in der Wissenschaft. S. 19–21. – Astrid Franke: Frauen unter Hochschulgesetzten. S. 23–32. – Rainer Rilling: Mit der Datenautobahn in den Elfenbeinturm? S. 35–40. – Peter Döge/Brigitte Fenner: Orientierungspunkte und Leitlinien einer sozial-ökologischen Umgestaltung der Forschungs- und Technologiepolitik. S. 41–56. – Peer Pasternack: Die Zusammenführung der Defizite Zu Risiken und Nebenwirkungen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus. S. 57–64. – Siegfried Kiel: Zu dominierenden Wertungen der konservativen Hochschulerneruerung. S. 65–70. – Ludwig Elm: Aufarbeitung von Vergangenem als Zukunftsaufgabe der Hohen Schulen. S. 71–80. – Werner Bramke: Landeshochschulpolitik zwischen Vision und mittelfristigem Ansatz. S. 81–88. – Uwe Hirschfeld: Politikwissenschaft an ostdeutschen Fachbereichen und Hochschulen für Sozialarbeit. Vertane Chancen, Stand und mögliche Perspektiven. S. 89–97. – Werner Grahn: Hochschulen und Staat in Thüringen. S. 99–101. – Andreas Trunschke: Brandenburgische Hochschulreformchen in der Krise. S. 103–114.]

Texte zur Literatur

Heft 1. Leipzig 1994. 72 S. [Enthält: Vorbemerkung. S. 5. – Alfred Klein: Im Zwielficht des Jahrhunderts. Johannes R. Bechers Hölderlinbilder. S. 7–32. – Klaus Pezold: »So kam ich unter die Deutschen«. Stationen und Probleme der Hölderlin-Rezeption im Deutschland des 20. Jahrhunderts. S. 33–48. – Günter Mieth: Rückblick auf öffentliche Hölderlin-Ehrungen 1970. S. 49–65. – F. A.: [Annotation zu:] Gregor Wittkop (Hrsg): Hölderlin. Der Pflegsohn. Texte und Dokumente 1806–843 mit den neu entdeckten Nürtinger Pflegschaftsakten. Stuttgart, Weimar 1993. S. 66–67.]. – Heft 2. Leipzig 1995.

Texte zur Philosophie

Heft 1. Leipzig 1994. 42 S. [Enthält: Helmut Seidel: Zum Geleit. S. 5. – Eva J. Engel: Moses Mendelssohns Briefwechsel mit Lessing, Abbt und Iselin. S. 9–34. – Debatten, Kolloquia und Vorträge im Philosophischen Arbeitskreis. S. 37–38.]

Texte zur politischen Bildung

Heft 1: Frauen in Sachsen. Zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert und Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone und Helga Liebecke. Leipzig 1992. 48 S. (2. Aufl.) – Heft 2: Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – Heft 3: Manfred Kossok: Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne. Festvortrag auf der außerordentlichen Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 10. Oktober 1992. Leipzig 1992. 44 S. – Heft 4: Bärbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993. 44 S. – Heft 5: Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S. – Heft 6: Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – Heft 7: Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – Heft 8: Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Leipzig 1994. 58 S. [Enthält: Otto Rosenkranz: Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Was war – was ist – was wird sein? S. 5–38. – Gerhard Müller: Die Strukturkrise in der Landwirtschaft Westeuropas und die Chancen für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. S. 39–52. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 53–55.] – Heft 9: Gunhild Korfes: Zur Jugendgewalt in den neuen Bundesländern – Ergebnisse soziologischer Forschung. Leipzig 1994. 89 S. – Heft 10: Elenor Volprich: Langzeitarbeitslosigkeit in Ostsachsen. Leipzig 1994. 55 S. – Heft 11: Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. [Enthält: Marian Feldman: Der Aufstand im Warschauer Ghetto. S. 5–15. – Eva Seeb: Das Ghetto von Warschau. Von der Ausgrenzung zum Völkermord. S. 17–58 [Für den Druck bearbeitete und ergänzte Fassungen der Vorträge, die die Verf. auf der Gedenkveranstaltung des Polnischen Instituts Leipzig, der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, des Bundes der Antifaschisten und des Rosa-Luxemburg-Vereins am 28. April 1993 aus

Anlaß des 50. Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto gehalten haben.] – Ausgewählte Veröffentlichungen über das Warschauer Ghetto. S. 59–61.] – *Heft 12*: Joachim Tesch: Ziele und Wege der Wohnungsbauförderung. Leipzig 1994. 39 S. – *Heft 13*: Eva-Maria und Lothar Elsner: Ausländerpolitik und Ausländerfeindschaft in der DDR (1949–1990). Leipzig 1994. 92 S. – *Heft 14*: Jürgen Becher: Wohnen und Mietrecht. Ausgewählte Probleme in Ostdeutschland. Leipzig 1994. 41 S. – *Heft 15*: Sarkis Latchinian: »Maastricht« – Hoffnung für Europa? Fehlentwicklungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Leipzig 1994. 47 S. – *Heft 16*: Antisemitismus und Massenmord. Beiträge zur Geschichte der Judenverfolgung von Helmut Eschwege, Nora Goldenbogen, Karl-Heinz Gräfe, Kurt Pätzold, Horst Schneider und Gustav Seeber. Leipzig 1994. 89 S. [Enthält: Nora Goldenbogen: Zum Geleit. S. 5–6. – Gustav Seeber: Zum Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus im Kaiserreich. S. 7–16. – Karl-Heinz Gräfe: Stalinismus und Antisemitismus in der UdSSR der 20er und 30er Jahre. S. 17–23. – Horst Schneider: Pogromnacht in Dresden. S. 25–30. – Kurt Pätzold: »Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet«. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. S. 31–50. – Helmut Eschwege: Zur Deportation alter Juden mit »Heimeinkaufsverträgen« 1942–1945. S. 51–73. – Nora Goldenbogen: »Schonungslos den kranken Kern aufdecken...« Zu Problemen des Antisemitismus und seiner Rolle in den »Säuberungen« in Sachsen 1949 bis 1953. S. 75–83.] – *Heft 17*: Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 18*: Kurt Finker: 20. Juli 1944 – 20. Juli 1994. Eine notwendige Nachbetrachtung. Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 19*: Werner Bramke: Carl Goerdeler und Leipzig. Leipzig 1995. 92 S. – *Heft 20*: Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S.

Buchveröffentlichungen

Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. V. Im Auftrag der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag und des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig hrsg. von Jochen Cerný, Dietmar Keller und Manfred Neuhaus. Bonn, Berlin 1994. 177 S.

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig, des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. und der Thüringischen Freundschaftsgesellschaft e. V. hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 325 S.

»Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt ...« Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov. Hrsg. von Manfred Neuhaus und Helmut Seidel in Verbindung mit Gerald Diesener und Matthias Middell. Leipzig 1995. 262 S.

